

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, den 7. Juli 1932
14. Jahrgang Nr. 167

Jeder Betrieb sammelt für die Antifaschistische Aktion!

Arbeiter-Zeitung
Wochenschrift
monatlich
abgegeben
sammelt für die
Antifaschistische
Aktion!
Herausgeber:
H. G. W.
Verlag:
Die dreigespaltenen Mit-
teilungen
Anzahl der
Belegblätter
am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

**Organ der SPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzstraße 60. Fern-
sprecher 460 89. Postfachnummer: Breslau
Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Kreuzstraße 60 (Wochen-
haus). Fernsprecher 439 02. Erscheint bei Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — **Verlagsanstalt:** Breslau. — **Ver-
lag:** Schlesiensche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreuzstraße
60. Fernsprecher 460 89.

Die Hitler-Steuer auf der Lohnfüte

**Kollegen in den Betrieben! Da hilft kein Fluchen und kein Fäusteballen
in der Tasche — Da hilft nur der sofortige Kampf der roten Einheitsfront!**

Zum erstenmal wird in dieser Woche die neue Beschäftigten-
steuer, fälschlich „Abgabe zur Arbeitslosenzilfe“ genannt, wirksam
werden. Am Lohnntag werden die Arbeiterinnen und Arbeiter auf
jeder Lohnfüte den neuen Abzug finden:

1 1/2 Prozent verlieren sie wieder von ihrem bisherigen Lohn!

Diese neue Steuer auf den Lohn, die alle Arbeiter, Angestellten
und Beamten mit brutaler Härte trifft, ist ein Geschenk der
Faschisten von Papen-Hitler!

Während den Industriellen, Bankiers und Großagrariern
Hundert Millionen an Steuerbefreiungen geschenkt werden, sollen
die arbeitenden Massen wieder Hunderte von Millionen an neuen
Steuern auf sich nehmen; die Beschäftigtensteuer allein soll über
400 Millionen Reichsmark bringen!

Die neue Hitler-Steuer wird in allen Betrieben einen Sturm
der Empörung auslösen. Denn sie bedeutet noch mehr ent-
behren, darben, hungern! Der Arbeiterhaushalt muß mit jedem
Pfennig rechnen. Wenn jetzt aber wieder drei, vier,

fünf Groschen wöchentlich vom Lohn abgezogen
werden, so heißt das, soviel Pfund Brot oder Kartoffeln weniger
für die Familie! Wohin soll dies führen?

Die neue Hitler-Steuer gehört zu den brutalsten, die es im
Notverordnungs-Deutschland gibt; sie verkörpert nicht die nied-
rigsten Löhne und Gehälter! Selbst dort, wo der Lohn kaum
die Arbeitslosenunterstützung übersteigt, soll er jetzt noch um
1 1/2 Prozent gekürzt werden!

Ja, Kollegen in den Betrieben, da hilft kein Fluchen und kein
Fäusteballen in der Tasche; um euch zu wehren, müßt ihr schon zu
anderen Mitteln greifen! Oder glaubt ihr, daß die Regierung
Papen-Schleicher-Hitler vor bloßen Protesten und Resolutionen
zurückweichen werde? Da hilft nur der Kampf der Belegschaften!

Jetzt kommen aber die reformistischen Führer und
sagen euch, ihr sollt warten bis zum Wahltag, am 31. Juli, und
dann mit dem Stimmzettel für den neuen Lohnabzug quittieren.
Glaubt ihr denn, daß ihr damit die Lohnkürzung abwehren könnt?

Arbeiterinnen!

Gegen Naziterror, Justizhausurteile und Hunger richtet
sich die Antifaschistische Aktion! Reicht euch ein!

Wählt Kommunisten!

Wenn ihr euch nicht jetzt gleich zur Wehr setzt, dann ist die
Steuer eingeführt, und es wird später ungeheuer schwer sein, sie
wieder abzuschütteln. Jetzt müßt ihr handeln!

Die reformistischen Führer spielen wieder einmal ein schänd-
liches Spiel mit den Lebensinteressen der Arbeiterklasse. Ihnen
scheint das Elend der Massen ganz gleichgültig zu sein; sie sind
nur bemüht, die Empörung der Massen aufzulösen, um sie in
sozialdemokratische Stimmzettel umzumünzen. Alles andere inter-
essiert diese Leute nicht.

Wer aber, wie die Reformisten, die Arbeiterklasse immer
tiefer ins Elend hineintreiben läßt, der unterstützt damit den
Faschismus. Denn es ist doch die Politik des Faschismus, die Ar-
beitermassen durch das wachsende Elend zu zermürben und ihre
Widerstandskraft zu brechen. Darin bestand ja der Fluch der So-
zialdemokratie, daß die SPD- und Gewerkschaftsbüro-
kratie ihm half, die Massen immer tiefer herunterzudrücken und
zugleich sie immer fester politisch zu knechten.

Wenn jetzt die Reformisten die Arbeiterklasse weiter hin-
dern, gegen die faschistische Politik der Papen-Hitler den
Kampf aufzunehmen, so unterstützen sie tatsächlich das
Kabinett Papen und den Faschismus!

Die kommunistische Partei sagt den Massen:
Ihr könnt den Kampf erfolgreich führen, ihr müßt den Kampf auf-
nehmen!

Stellt die rote Einheitsfront in den Betrieben
und Gewerkschaften! Wehrt die Sabotage der Büro-
kraten; die den Kampf verhindern wollen, und bildet eure Ein-
heitsausschüsse in allen Betrieben! Macht die Belegschaften
mobil bis auf den letzten Mann!

Gegen den neuen Lohnabzug hilft nur der Kampf der Beleg-
schaften! Duldet nicht, daß der Unternehmer euch einen Pfennig
für die neue Hitler-Steuer abzieht! Verantwortet jeden
Abzug mit der sofortigen Ausnahme des Kamp-
fes!

Die rote Einheitsfront schlägt die Papen-Hitler!



Und jetzt noch
neuen Steuer- und
Lohnabzug!

Faustschläge gegen die Breslauer Gemeindearbeiter

**Papen-Regierung leitet neuen Generalangriff auf die Hungerlöhne ein - SPD-Bonzen vertrauen auf den Stim-
zettel - Wir rufen die Gemeindearbeiter auf: Wehrt mit der Waffe des Streikampfes den Lohnraub ab!**

Breslau, 7. Juli. Wie wir erfahren, hat der Reichsfinanzminister sich mit dem gefällten Schiedsspruch für die Breslauer
Gemeindearbeiter nicht einverstanden erklärt. Der Schiedsspruch sah den Fortfall der Lohnschugklausel vor. Der Wochenlohn
wurde durch diesen Schiedsspruch um einen Stundenlohn gekürzt. Die Papen-Regierung fordert aber bis spätestens 1. Oktober,
daß alle männlichen Arbeiterlöhne um 6 Pfennig pro Stunde gekürzt werden, mit Ausnahme der angelernten Schwerarbeiter,
Gruppe IIa, deren Lohn um 3 Pfennig gekürzt werden soll. Die Stundenlohnklage Gruppe IV sowie des weiblichen Personals in
den Kranken- und Pflegeanstalten werden entsprechend gekürzt.

Die Papen-Regierung, die Regierung der Junker, Generale und
Industriekapitäne, tritt hier offen als Schrittmacher für einen
Generalangriff auf die Hungerlöhne der deutschen Arbeiterklasse auf.
Diese Regierung, die von Hitler toleriert wird, diktiert vorerst eine
weitere brutale Verschlechterung der Lohnbedingungen für die Be-
schäftigten in den Gemeindebetrieben. Der oben geplante Lohnabbau
bei den Breslauer Gemeindearbeitern soll selbstverständlich auf die
Arbeiterklasse aller anderen Kommunen ausgedehnt werden. Auch
diesem Lohnabbau wird am morgigen Sonntag auch bei den Ge-
meindearbeitern die Beschäftigtensteuer in Abzug gebracht. Sie
verlieren wieder 1 1/2 Prozent von ihrem bisherigen Lohn. Und nach
dieser indirekten Lohnkürzung soll bis spätestens 1. Oktober die obige
angekündigte Lohnsenkung durchgeführt sein.

Die sozialdemokratische „Volkswacht“ von gestern hat den Ge-
meindearbeitern nur zu sagen, daß sie als Antwort darauf am
31. Juli Sozialdemokraten zu wählen haben.

Die Gemeindearbeiter und ihre Familien werden davon nicht satt!

Die reformistischen Gewerkschaftsbonzen, die die Arbeiterklasse immer
und immer wieder bei den verheerendsten Angriffen der Bourgeoisie
vom revolutionären Massenkampf abhielten, kommen jetzt mit einem
neuen Betrugsmanöver und wollen die Gemeindearbeiter vor den
Wahlkarren der SPD spannen. Die SPD war es in allen Lohn-
bewegungen, die die Arbeiterklasse auf die verbrecherische Rolle der
Bürokraten hinwies und ihr den revolutionären Weg des Kampfes
zur Verhinderung jeden Pfennigs Lohnraubs aufzeigte. Die Kollegen
sind in ihrer großen Mehrheit den Karolen dieser Hindenburg-
sozialisten gefolgt und wurden so ungewollterweise dem Arbeitgeber
ausgeliefert.

Die Kollegen in den Breslauer Gemeindebetrieben haben es
allein in der Hand, den Lohnraub kampflos hinzunehmen oder
siegreich abzuwehren! Die vom provisorischen Kampfausschuss einbe-
rufene Betriebskonferenz vom 21. Juni hat u. a. folgendes beschlossen:

„In jedem Betrieb Breslaus die kämpfende Einheitsfront
herzustellen! Die Anwesenden verpflichten sich: Unverzüglich

Betriebsversammlungen der gesamten Belegschaften zu organi-
sieren, dort betriebliche Kampfausschüsse zu schaffen, gewählt
aus der Masse der Belegschaften, ein betriebliches Kampf-
programm aufzustellen und sofort den Kampf dafür auf-
zunehmen, in jedem Betrieb vorzubereiten die Anwendung der
schärfsten Waffe der Arbeiterklasse, den politischen Massen-
streik!“

Dieser Beschluß ist weitgehend für alle Betriebsbelegschaften
der Breslauer Gemeindebetriebe; sofort muß an die Durchführung
dieses Beschlusses herangegangen werden. Die Belegschaften von Faul-
beid haben durch ihre geschlossene Streikfront sogar Lohnerböschung
erzwingt. Sollte auf euch Kollegen in den Breslauer Gemeinde-
betrieben dieses Beispiel nicht anfeuernd wirken, sollte es euch nicht
veranlassen, ebenfalls zum Streikampf zu rufen!

Nicht der Stimmzettel kann und wird den Lohnraub abwehren!
Der Lohnraub kann und wird einzig und allein mit der Waffe des
Streikampfes abgewehrt!

Textilproleten von Rintel-Landeshut in passiver Resistenz

Landeshut, 7. Juli. Die Belegschaft der Weberei Rintel ist
gestern morgen 9 Uhr in passive Resistenz gegen den Raub des
Ferienlohnes getreten. Der Unternehmer beabsichtigt, den Urlaubs-
lohn um die Hälfte zu kürzen. Die Belegschaft zählt 400 bis 500
Mann, davon sind zwei Drittel Frauen.

Gestern abend hat eine Belegschaftsversammlung stattgefunden,
die zu weiteren Kampfmaßnahmen Stellung genommen hat. Ein
Bericht hieron liegt uns noch nicht vor.

Noch nie dagewesen

die Arbeit aller Parteigenossen zur Vorbereitung
der antifaschistischen Kampfwoche vom 20.—27. Juli sein!

Nazibanditen schießen in Ratischer einen Arbeiter nieder

Genosse Baumann durch Bauchschuß schwer verletzt — Polizei geht statt gegen mordende Nazis gegen die Arbeiterchaft vor
Gegen die Nazi-Bluttat demonstrierende Arbeiter zertrümmern Scheiben des Nazilokals — Hinein in den roten Massenselbstschuß!

Ratischer, 7. Juli. Eine neue bestialische Bluttat führten die Nazis in Ratischer durch. Die Nazis planten, wie in Erfahrung gebracht wurde, einen Heberfall auf kommunistische und sozialistische Arbeiter. Der Arbeiter Alois Baumann, verheiratet und Vater eines Kindes, wohnt in einer Siedlung, die etwas von der Stadt abgelegen ist. Auch einige Nazimordbanditen wohnen in dieser Siedlung auf der Ratischerstraße. Ein Trupp von 30 Arbeitern begleitete am Dienstag, dem 5. Juli, abends 10.30 Uhr, den Arbeiter Baumann nach Hause. Kurz vor seiner Wohnung verabschiedeten sich die Arbeiter und gingen zurück in die Stadt, Richtung Ring. Auf dem Wege angekommen, hörten die Arbeiter zwei Schüsse fallen. Die Arbeiter, die schon gewarnt waren, daß die Nazis Heberfälle auf Arbeiter planen, liefen sofort zurück an die Stelle, wo sie sich von Baumann verabschiedet hatten. Hier lag Baumann, durch einen Bauchschuß niedergestreckt, auf der Erde.

Die Nachricht von dieser Bluttat hat unter der Arbeiterchaft eine ungeheure Empörung ausgelöst. Trotz der späten Abendstunden sammelten sich die Arbeiter in Massen auf der Straße und zertrümmerten am SA-Lokal die Scheiben der Fensterscheiben.

Bald darauf traf auch ein Heberfallkommando der Schupo in Ratischer ein, das statt gegen die Mordbanditen vorzugehen und sich

darum zu kümmern, wer den Arbeiter niedergeschossen hat, gegen die Arbeiter vorging, um sie auseinanderzutreiben und nach Waffen zu durchsuchen. Der Polizei gelang es nicht, die Straßen zu säubern; bis morgens demonstrieren die Arbeiter in den Straßen.

Die Arbeiter forderten die sofortige Durchsuchung des SA-Lokals Scharff. Dies wurde von der Polizei verweigert. Die sofort am anderen Morgen angemeldete Protestkundgebung und Demonstration gegen den Mordterror wurde vom Landrat verboten.

Der niedergeschossene Arbeiter Baumann wohnt in gemeinsamem Haushalt seiner Schwiegereltern und ist nach dem ganzen Sachverhalt aufgelaufen und aus dem Hinterhalt niedergeschossen worden. An jenem Aufkommen wird gezweifelt.

Arbeiter, Merkfüßige! Die von der Papen-Regierung legalisierten braunen Mordbanden schießen Arbeiter wie tolle Hunde nieder. Immer frecher wird diese Bande, die mit Unterstützung der kapitalistischen Staatsmacht ihren Terror ausübt.

Hier gibt es nur eins — das ist die Verhärterung des roten Massenselbstschußes, um diese braune Mordbande von der Straße zu vertreiben. Nur auf die eigene Kraft verlassen, wird die Arbeiterchaft den Faschismus vernichten. Heraus zur Antifaschistischen Aktion und zum roten Massenselbstschuß!

Ernst Thälmann schreibt über:

Die heutige Rolle der Hitlerpartei

In der neuesten Nummer der „Internationale“, Heft 6, Juni 1932, schreibt Genosse Thälmann in einem hochwichtigen grundsätzlichen Artikel:

„Trotz jener Scheinopposition der Nationalsozialisten gegen Brüning bildete der faschistische Mordterror durch seine Ablenkung der Arbeitermassen vom Klassenkampf, als eine Methode der Einschüchterung oder der Provokation und der Veranschaulichung der eigenen großkapitalistischen Politik der Hitlerpartei, schon in der Vergangenheit eine wichtige Unterstützung für Brünnings Notverordnungsdiplomatie.“

Heute, wo das Finanzkapital mit den Junkern und Generälen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur unmittelbar betreibt, wird die Terror- und Kampforganisation der Bourgeoisie selbst auch unmittelbar und fast offen als Stütze an die Regierung herangezogen. Wenn die Hitlerpartei dabei nicht sofort Ministerliste — sei es im Reich oder in Preußen — erhält, so soll diese Taktik der Bourgeoisie sowohl der SPD, ihren Massenbetrug erleichtern, wenn sie die Papen-Regierung als „kleineres Übel“ gegenüber einer direkten Hitler-Regierung ausübt, als auch die Hitlerpartei selbst vor Zerlegung bewahren, ihre Verantwortung für das herrschende System verschleiern und so diese Waffe der Bourgeoisie für ihren Terrorkurs gegen das Proletariat intakt erhalten. In jedem Fall liegt es im Rahmen dieser Politik, die Hitlerpartei für die nächste Zeit fest und offen an das Regierungssystem zu binden.

Die Freigabe der SA und ihre beginnende Eingliederung in den legalen Machtapparat der Bourgeoisie geht Hand in Hand mit einer neuen rüchigen Welle des faschistischen Mordterrors, die auf den entschlossenen Widerstand der Arbeiterchaft stößt. Die bewaffnete Konterrevolution als Massenbewegung, wie sie sich in der Hitlerorganisation verkörpert, und ihr schrankenloser Einsatz ist eine Voraussetzung für den Versuch, die Freiheit der Arbeiter-Organisationen zu zerstören. Aber auch für ihre aktivere imperialistische Kriegspolitik nach außen, für ihre Militarisierung und Aufrüstungspläne im Innern braucht die Bourgeoisie ihre offen chauvinistisch-nationalsozialistische Kampforganisation als unmittelbare Massenbasis, ohne deshalb auf die SPD, in einer anderen Funktion zu verzichten.“

Das Lesen und Durchdenken des Artikels ist dringende Aufgabe für jeden Klassenbewußten Arbeiter.

Statt für 6 nur für 4 Tage Mu!

Die Erwerbslosen organisieren den Kampf gegen diese Maßnahme — Morgen, um 15 Uhr, im Schützenhaus große Erwerbslosenversammlung — Alle Kollegen müssen erscheinen!

Coppeln, 7. Juli. Wie durch Anschlag des hiesigen Arbeitsamtes bekannt gegeben wurde, ist die Ausschaltung der Unterstützung von Freitag, dem bisherigen Jahrtage, auf Mittwoch verlegt worden. Durch diese Veranordnung soll ein Semester einsehbar bzw. abgebaut werden. Den Erwerbslosen, die am Mittwoch ihr Geld erhalten sollten, zahlt man hier den ihnen zehrenden sechs Tage nur für vier Tage Unterstützung aus. Dadurch werden die Erwerbslosen um ein beträchtliches verkürzt.

Als am Mittwoch die Verleserung bekannt wurde, herrschte in den Reihen der Erwerbslosen über diese brutale Maßnahme des Arbeitsamtes ungeheure Empörung. Es wurde sofort eine Delegation gewählt, welche mit dem Direktor des Arbeitsamtes verhandelte. Eine große Anzahl Erwerbsloser begleitete die Delegation und zog vor die Verwaltung des Arbeitsamtes. Der Direktor des Arbeitsamtes mußte der Delegation selbst darin zustimmen, daß diese Verleserung eine unannehmliche wirtschaftliche Verleserung der Erwerbslosen nach sich zieht. Die von der Delegation ferngehalten, daß es den Erwerbslosen bei dem bisherigen Jahrtage am Freitag, da an diesem Tage Sommermarkt sei, möglich war, eine

Anzahl der Lebensmittel billiger einkaufen zu können, verhöhlte er die Erwerbslosen, indem er erklärte:

„Die Arbeitslosen müssen besser wirtschaften und ihr Geld einteilen!“

Nachdem die Delegation Bericht erstattet hatte, beschloßen daraufhin die Erwerbslosen, die Annahme der Unterstützung zu verweigern. Dieser Beschluß wurde fast reiflos durchgeführt; nur Nazis waren wie immer auch hier diejenigen, die den anderen in den Rücken fielen. Um weitere Kampfmaßnahmen gegen diese Unterstützungskürzung durchzuführen, findet am Freitag, nachmittags um 3 Uhr, im Schützenhaus eine öffentliche Erwerbslosenversammlung statt.

Durch diese Maßnahme will man die Unterstützungskürzungen auf Grund der Papen-Notverordnung durchführen. An den Erwerbslosen liegt es jedoch, in geschlossener Einheitsfront alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel zu ergreifen, um diese Unterstützungskürzung abzuwehren. Die Beispiele in Sagan sowie im Kreise Waldenburg beweisen den Erwerbslosen auf das schlagkräftigste, daß nur in geschlossener einheitlicher Kampffront Erfolge erzielt werden.

Verstärkter Terrorfeldzug gegen die KPD.

Polizei löst Mitglieder- und Funktionärversammlungen der KPD. auf / Arbeiter, verteidigt eure Partei!

München-Gladbach, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Am Montag drang die Polizei des Zentrumspolizeipräsidenten Jienrich in die Mitgliederversammlung der KPD ein und löste dieselbe trotz wiederholtem Hinweis, daß es sich um keine öffentliche Versammlung handle, gewalttätig auf. Zur selben Zeit wurde auch die in einem Lokal tagende Funktionärversammlung der KPD, von Gladbach durch die Polizei aufgelöst.

Der Genosse Thälmann hat bereits in einem Artikel „Zu unserer Strategie und Taktik im Kampf gegen den Faschismus“ — erschienen in der Juni-Nummer der „Internationale“ — aufgeführt, daß die Hauptaufgabe des Zentrums die Zerstörung der vereinstufigen Arbeiterbewegung ist. Genosse Thälmann schreibt u. a. folgendes:

„Die Hauptaufgabe dieses Kabinetts, der Hauptaufgabe, der von dem Zentrumspolizeipräsidenten Jienrich, die vereinstufige Arbeiterbewegung zu zerstören. Die politische Notverordnung mit ihren unermesslichen Ausnahmestimmungen gegen die KPD, war der erste offene faschistische Schritt auf diesem Wege. Neben die unmittelbaren beschleunigten Maßnahmen gegen bestimmte revolutionäre Organisationen, den Kampfband gegen den Faschismus, den kommunistischen Massenverband usw. hinaus, beabsichtigt die Regierung ein direktes Verbot der kommunistischen Partei und aller revolutionären Organisationen.“

Auch die Reichstagswahlen sollen in den Dienst dieses Anschlages treten, indem der von der Papen-Regierung erhoffte und mit größtem Aufwand begünstigte „Wahlzug der Nazis“ einen erneuten Freispruch für weitere faschistische Anschläge auf die Arbeiterklasse liefern soll. Inwiefern erinnern die jetzigen Reichstagswahlen, wenn man eine etwas gewagte geschichtliche Parallele ziehen will, an die Wahlen zum Reichstag im Jahre 1878, die zur Verabschiedung des Sozialengesetzes dienten. Damals die verlegene Antimilitarische gegen die Sozialdemokratie nach den Schüssen von Hölzel und Reibling auf Wilhelm I., heute die chauvinistisch-nationalistische Welle, die Welle des Hurra-Patriotismus, mit deren Hilfe die Weltstimmung zugunsten der faschistischen Pläne des Diktatoriums und der mit ihm verbundenen Junker aufgebuhrt und die faschistische Terrororganisation als wichtige Massenbasis der Papen-Regierung erneut gestärkt werden soll.“

Die Auflösung von Mitgliederversammlungen und Funktionärversammlungen ist ein Alarmruf an die gesamte Arbeiterchaft, die kommunistische Partei, die der Todfeind der besitzenden Klasse ist, zu verteidigen. Die vom 10. bis 17. Juli stattfindende antifaschistische Kampfwache hat auch zum Ziel die Gewinnung von tausenden neuer

Betriebsarbeiter als Mitglieder der KPD. Die Genossen und Genossinnen müssen alle Kräfte für die Durchführung dieses Zieles einlegen.

Strafverfolgung gegen Braun beschlossen Zentrum stimmt auch dafür

Berlin, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Im Geschäftsausschuß des Preussischen Landtages wurde gestern ein Antrag auf Strafverfolgung des in Urlaub befindlichen sozialdemokratischen Ministers Otto Braun angenommen, weil Braun gegen Hitler den Vorwurf des Hoch- und Landesverrats erhoben hat. Das Zentrum stimmte für die Strafverfolgung des Ministerpräsidenten der Weimarer Koalition.

Eben erst haben die SPD-Führer mit dem Zentrum Burgfrieden für die Wahlkampagne geschlossen, da kommt dieser neue Fußtritt, mit dem das Zentrum einen neuen Beweis seiner Bereitschaft zur Koalition mit den Nazis liefert. Hier habt ihr das Resultat der Weimarer Koalitionspolitik, sie führt zum direkten Übergang der sozialdemokratischen Koalitionsgenossen ins Lager des Faschismus.

Papen-Hitler wollen 2 Milliarden Tribute zahlen!

Macht Sturm gegen die nationalsozialistischen Betrüger des Volkes!

Nie hat die Hitler-Partei ehrlich für die Beseitigung der Tribute gekämpft. Stets hat sie nur diese Parole benutzt, um die Massen einzufangen, die an ihre Phrasen glaubten. Während die Hitler, Goebbels, Straßer vor den Massen demagogisch die Streichung der Tribute forderten, haben sie den Imperialisten die Weiterzahlung angeboten!

Seht in Lausanne ist das betrügerische Spiel der Nazi-Führer endgültig entlarvt.

Der Reichskanzler von Papen hat Frankreich die Zahlung von zwei Milliarden Tributen angeboten!

Im „Völkischen Beobachter“ (3./4. Juli) hat Hitler diesem Angebot zugestimmt!

Nieder mit den nationalsozialistischen Tributknechten!

Ein kommunistisches Deutschland wird keinen Pfennig Tribute zahlen, ebensowenig wie die Sowjetunion eine Ropkekezahl!

Gegen die Papen-Hitler und ihre Tributpolitik macht Sturm im ganzen Land!

Vorwärts in der Antifaschistischen Aktion!

Am Morgen

stehen alle Antifaschisten vor dem Betrieb mit Flugblättern und Zeitungen

Am Mittag

sammelt in der Mittagspause jeder Antifaschist für den Kampffonds der Antifaschistischen Aktion

Am Abend

werden die gesammelten Beträge sofort abgerechnet, denn die

Antifaschistische Aktion braucht Pulver!

Hinein in die Kommunistische Partei!

Revolutionäre Kämpfe in Chile

New York, 6. Juli. Trotz strengster Zensur kommen aus Santiago de Chile Meldungen, daß nach dem Verbot der kommunistischen Partei seit Tagen schwere Kämpfe zwischen der Arbeitererschaft und den Truppen der faschistischen Regierung stattfinden. Die Bevölkerung der Hauptstadt soll zum großen Teil die kämpfende Arbeitererschaft unterstützen. Die Position der Regierung soll stark erschüttert sein, weil sie keine der versprochenen sozialen Maßnahmen durchführen konnte und durch ihre Terrorverordnungen breite Bevölkerungsschichten in die Opposition getrieben hat.

Bei einem Sturm auf die Polizeikaserne sollen durch Maschinengewehrfeuer 38 revolutionäre Arbeiter getötet worden sein.

Amerikanische Arbeitslose holen sich Fleisch

Chicago, 6. Juli. Im Stadtteil Kensington stürmten 500 Arbeitslose mit ihren Familien eine städtische Lebensmittelniederlage, warfen die Fenster mit Ziegelsteinen ein und plünderten die Niederlage vollständig aus. Sie riefen: „Wir wollen Fleisch und Brot!“. Fünf Polizeieinheiten trieben die Menge gewaltsam auseinander.

Der Textilarbeiterstreik in Lancashire

London, 6. Juli. Der Streik der Weber in Lancashire verschärft sich. In Haslington haben Streikende die Streikbrecher verjagt. Polizei mußte den Rückzug antreten. Besondere Polizeiverstärkungen wurden nach Haslington geschickt.

Die Fuhrleute und Chauffeure der Marlen-Werft in London sind in den Streik getreten. Erst vor kurzem wurden ihre Löhne von 1 Schilling 10 Pence auf 1 Schilling 6 Pence pro Stunde gekürzt. Jetzt wollten die Unternehmer einen neuerlichen Lohnabbau durchsetzen. Die Streikenden haben ein Streikkomitee aus ihren eigenen Reihen gewählt.

Belgischer Bergarbeiterstreik verschärft

MSD.-Sekretär van den Boom verhaftet

Brüssel, 6. Juli. Der Streik der Bergarbeiter von Borinage geht weiter. Entgegen den Meldungen in der sozialdemokratischen Presse hat sich der Streik noch verschärft. Weitere Gruben haben sich dem Streik angeschlossen.

Eine mächtige Frauendemonstration bildete sich in Guesmes. Mit roten Fahnen zogen die Frauen vor das Direktionsgebäude, um dort zu demonstrieren.

Die Haltung der ausländischen Arbeiter ist sehr gut. Sie stehen in erdrückender Mehrheit bei ihren belgischen Kameraden, trotz schlimmstem Terror der Regierung, die sie mit Ausweisung bedroht.

Die Streikunterstützung für die Streikenden der Schächte, auf denen der reformistische Verband den Streik als berechtigt erklärte, wird nur an die einheimischen Arbeiter gezahlt. Den Ausländern wird die Unterstützung verweigert.

Auf Befehl verlangt die ganze bürgerliche Presse von dem sozialdemokratischen Bürgermeister von Borinage scharfe Maßnahmen gegen die „Moskowiter“.

Als Genosse Van den Boom in Temappes in einer sehr gut besuchten Versammlung sprechen wollte, versuchten die Reformisten, die Versammlung zu sprengen. Die Polizei aber, anstatt die Ruhestörer zu verhaften, sperrte unseren Genossen Van den Boom ein. Die Dreieinigkeit: Regierung, Kapital und reformistische Führer, zeigte sich wieder einmal.

Der neue japanische Außenminister Grai Uchiida hat sein Amt angetreten.

Partisanen verhindern japanischen Vormarsch

Wie die mandchurische Bevölkerung ihr Land und die Sowjetunion verteidigt

Charbin, 5. Juli. Die Veruche der Japaner, in der Mandchurei eine sichere Aufmarschbasis zum Krieg gegen die Sowjetunion zu schaffen, werden in immer stärkerem Maße durch die roten Partisanen gestört. Der Vormarsch der japanischen Truppen wird durch Sabotageakte und heroische Schlachten gegen die vielfache Uebermacht aufgehalten, der Ausbau strategisch wichtiger Punkte durch geschickte Operationen und gute Zerlegungsarbeit unter den japanischen Truppen verhindert.

Schwere Kämpfe zwischen starken Partisanenabteilungen, mit denen zusammen Truppenteile der „alten Kiring-Armee“ (alte mandchurische Truppen, die sich weigerten, auf der Seite der „mandchurischen“ Armee zu dienen) kämpften, und japanischen Truppen werden aus dem Bezirk Juischu (südlich von Charbin) gemeldet. Die Zahl der gegen die Japaner dort kämpfenden Partisanengruppen und -abteilungen beläuft sich, wie die Charbiner japanische Presse meldet, auf über 10 000.

Ein Angriff von Truppen der „mandchurischen“ Regierung auf dieses Gebiet wurde mit großen Verlusten für die letzteren zurückgeschlagen.

Am 27. Juni, abends, bombardierten japanische Flugzeuge die Stadt Juischu, um die herum von Partisanenabteilungen zwei Verteidigungslinien errichtet wurden.

Am 30. Juni gingen aus Charbin starke japanische Truppenteile ab, die Juischu besetzen sollen. Wie die japanische Presse mitteilt, ist unter den Truppen der „mandchurischen“ Regierung ein „erschreckender Verfall der Disziplin“ zu verzeichnen. Die in der Umgebung von Charbin stationierten Truppen

der „mandchurischen“ Regierung plündern ganze Dörfer und verkaufen ihre Waffen.

Wie die japanischen Blätter berichten, brach auf dem Flugplatz in Tschangtschung, den die Japaner als Stützpunkt für ihre Flugoperationen in der Mandchurei errichtet haben, Feuer aus. Die auf dem Flugplatz befindlichen Flugzeughallen und Flugzeuge sind sämtlich verbrannt.

Der neue Kommandant der japanischen Polizei in Charbin, Oberst Simomoto, erklärte in einem Interview mit Korrespondenten der dortigen Presse u. a. über die „Aufgaben“ der japanischen Polizei in dem Gebiete des „mandchurischen Staates“ folgendes:

„Wir arbeiten hauptsächlich auf militärpolitischem Gebiet. Auf diesem Gebiet ist die wichtigste Frage die des Kommunismus. Gegen den Kommunismus innerhalb Rußlands können wir nicht kämpfen; aber wir werden keinesfalls kommunistische Propaganda im japanischen Interessengebiet zulassen und werden alle streng verfolgen, die solche Propaganda betreiben. Zu unseren Aufgaben gehört auch der Kampf gegen die kommunistische Propaganda im japanischen Heer.“

Tatsächlich hat Japan den mandchurischen Staat anerkannt, da sich japanische Truppen hier befinden und die mandchurische Regierung unterstützen.“

Songkong, 6. Juli. Die kommunistische chinesische Armee ist in einer Stärke von über 50 000 Mann an der Grenze der Provinzen Kiangsi und Kwangtung erschienen und hat mehrere Städte eingenommen. Die Kantonregierung befindet sich in größter Bestürzung.

Kohrlegerstreik in Zürich erfolgreich!

Zürich, 5. Juli. Der mit bewunderungswürdigem Elan und mit musterergültiger Geschlossenheit während sieben Wochen geführte Kohrlegerstreik gegen einen zehnprozentigen Lohnabbau ist am 2. Juli mit einem Teilerfolg beendet worden. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen werden. Der Lohnabbau von 10 Prozent mußte beschränkt werden auf 3 Prozent ab 1. Juli und weitere 2 Prozent ab 1. Januar 1933. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden.

Gegenüber den Abmachungen, die der große reformistische Metallarbeiterverband mit den Heizungsindustriellen getroffen hat, die zu einer zehnprozentigen Senkung der Löhne führen, bedeutet der Abschluß des von der MSD. geführten Kohrlegerstreiks einen erheblichen Erfolg. Von großer Bedeutung ist auch, daß der Streik zu einer Zerklüftung der Feindschaft von den Reformisten akzeptierten gleitenden Lohnskala führte.

Dieses Ergebnis war nur durch die Einheitsfront aller Kämpfenden möglich. Die streikenden Arbeiter haben diesen Kampf in solch bewundernswürdiger Weise, mit einer solchen Entschlossenheit und einem derartigen Selbstbewußtsein geführt, wie es in der Geschichte der gewerkschaftlichen Kämpfe in der Schweiz bisher unbekannt war. Selbst, als durch den unerhörten Terror der Polizeifaschisten in Zürich eine große Zahl der führenden Streikfunktionäre verhaftet wurden, schwankte die Streikfront keinen Augenblick. Neue mutige Kämpfer sind aus den Reihen der Streikenden entstanden und haben sich an die Spitze des Kampfes gestellt.

Die Barrikadenkämpfe, die aus dem Streik erwachsen, haben den Klassenkampf der Schweizer Arbeitererschaft allgemein auf eine höhere Stufe gehoben und dem Streik internationale Bedeutung verliehen.

In der Stadt Merlo sind die Angestellten der Straßenbahngesellschaften gegen einen angebotenen Lohnabbau, die Verlängerung des Arbeitstages und die schweren Arbeitsbedingungen in den Streik getreten. Alle Straßenbahnlinien liegen still. Die Regierung droht, Truppen gegen die Streikenden einzusetzen. Auch die Angestellten der Schlafwagen-Gesellschaft sind in den Streik getreten.

Polnische Jungarbeiter zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt

Warschau. Das Kriegsgericht in Radom verurteilte die drei kommunistischen Jungarbeiter Gromek, Barpanski und Bata, die angeklagt waren, einen Provokateur ermordet zu haben, zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Universitätsprofessoren gegen den Justizmord von Scottsboro

London, 5. Juli. 274 Studenten und Professoren der Londoner Wirtschaftsschule haben einen Brief an den Gesandten der Vereinigten Staaten in London gerichtet, in dem sie die Aufhebung des Scottsboro-Urteils verlangen. Der Brief war u. a. von den Professoren Ginsberg, Hogben, Vaski, Tawney und Eileen Power (alles Professoren der Londoner Universität) unterzeichnet. Außerdem hatten 17 Lektoren der Wirtschaftsschule und eine Reihe Studenten unterschrieben. In dem Brief heißt es: „Wir, die unterzeichneten Lehrer und Studenten der Londoner Wirtschaftsschule, schließen uns entschieden dem weltweiten Protest gegen den legalisierten Mord an den acht Regerknaben von Scottsboro an. Wir betrachten diesen Mißbrauch der Justiz, dieses Resultat der schlimmsten Rassendurcheilung als einen unerhörten Mißbrauch der Grundprinzipien der Zivilisation und verlangen die sofortige Aufhebung des Urteils.“

Der Staatsgerichtshof in Belgrad hat im Prozeß gegen dreißig Kommunisten von Maria-Theresiapol neunzehn zu Gefängnisstrafen von einem bis zu vier Jahren verurteilt und die übrigen Angeklagten freigesprochen.

Das Gericht in Antwerpen hat sechs Teilnehmer an der Antifriedensdemonstration in Antwerpen zu insgesamt 8½ Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe muß sofort angetreten werden. Zwei Verurteilte haben, weil sie Kommunisten sind, eine besonders harte Strafe erhalten, nämlich drei und zwei Monate Gefängnis.

Theodor Plivier; Der Kaiser ging, die Generale blieben

Copyright by Malik-Verlag, Berlin.

19. Fortsetzung.

Es ist dunkel geworden über Kiel. Nur wenige Laternen brennen.

Die Züge ziehen von allen Seiten dem Bahnhof zu und stauen sich auf dem Vorplatz. Die hohe Halle mit der weitgespannten Kuppel scheint auf den Massen zu schwimmen.

Und wieder braust es durch die Luft:

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde... Völker, hört die Signale! Auf zum letzten Gefecht! Die Internationale Befreit das Menschenrecht!“

Langsam fährt ein Zug in die Halle ein. Dann an der anderen Seite des Bahnsteiges noch einer.

In dem ersten Zug sitzen Infanteristen, die Kiel zurückerobern sollen. Sie werden von den Kultis mit brausemdem Hurra empfangen. Die Offiziere werden entwaffnet und abgeführt. Auch die Reisenden aus dem zweiten Zug gehen sofort in dem Getümmel unter. Ueberall Matrosen, Gewehre umgehängt, die Kolben nach oben. Der Abgeordnete Koske, der mit dem Zug angekommen ist, wird sofort umringt.

Sein Koffer wird ihm abgenommen. Ein Bahnbeamter redet auf ihn ein. Ein waffenloser Offizier versucht ihm etwas zu erklären:

„Es ist ja nicht so schlimm!“
„Es wird schon wieder werden!“
„Wis jetzt ist alles ruhig abgegangen!“
„Komm, Genosse Koske, wir warten schon!“

Die Matrosen drängen den Abgeordneten sanft nach vorn. Der Staatssekretär Hauptmann und ein Kieler Gewerkschaftssekretär, die mit Koske zusammen ankamen, werden von ihm abgedrängt.

Koske passiert die Sperre und ist an den Treppen angelangt, die zur Vorhalle hinunterführen.

„Hier ist er — Koske!“

„Genosse Koske aus Berlin!“

„Koske!“ ruft einer der Menge unten zu.

Der Ruf wird aufgenommen. Die ganze Vorhalle erdröhnt; von den hohen Wänden und von oben aus der Kuppel hallt es zurück:

„Koske!“

„Hoch!“

„Hoch!“

Koske sieht die Menge unter sich, ausgestreckte Hände, Gesichter, Gewehrkolben. So hatte er sich den Empfang nicht vorgestellt. Aber er hat keine Zeit zum Ueberlegen. Seine Begleiter drängen ihn vorwärts. Schritt für Schritt schieben sie ihn durch die Menge. Er weiß gar nicht, wie er aus der Halle herausgekommen ist.

Auf der Straße stehen unübersehbare Massen.

Koske wird in ein Auto gehoben, einige Matrosen steigen mit auf. Hinten hocht einer und schwenkt eine rote Fahne. Er ist schon heiser vom Schreien, ruft aber immer wieder:

„Es lebe die Freiheit! Es lebe die Freiheit!“

Neben Koske sitzt Artelt:

„In Wit haben sich heute 20 000 Matrosen bewaffnet. Alle anderen Abteilungen, auch die Schiffe, machen mit. Die Offiziere sind machtlos. Ein Zurück gibt es für uns nicht mehr. Wir wollen jetzt zur Sitzung ins Gewerkschaftshaus und nachher zum Gouverneur!“

Die Menge wird wieder dichter. Das Auto fährt langsamer. „Der Wilhelmplatz. — Eine Versammlung“, erklärt Artelt. Im Schritttempo schiebt das Auto sich durch die Gasse, die sich in der Menge öffnet. Wie die ganze Stadt liegt der Wilhelmplatz in fast völliger Dunkelheit. In der Mitte steht ein mehrarmiger Kandelaber, an dem nur eine Laterne brennt. Davor ist ein Gerüst aufgebaut; ein Redner steht oben.

Die Scheinwerfer des Autos übergießen Teile der Szene mit plötzlichem weißen Licht — den Redner auf dem Gerüst, eine Traube Menschen im Geäst des Kandelabers, einen Ausschnitt der Gesicht an Gesicht gedrängten stehenden Matrosen. Die Matrosen am Rande des Platzes gleichen einer düster drohenden Küste.

Das Automobil fährt an das Gerüst heran.

„Es lebe die Freiheit!“ ruft der Mann mit der Fahne.

„Koske!“ brüllt einer vom Kandelaber herunter.

„Koske!“ wiederholt die Menge.

Koske steht auf und spricht. Zu den Ereignissen in Kiel will er nichts zu sagen. Er läßt sich nur in allgemeinen Betrachtungen über die politische Lage aus und fordert auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren:

„... in einigen Tagen wird der Waffenstillstand geschlossen sein. Die berechtigten Wünsche der Arbeiter und Soldaten werden ihre baldige Erledigung finden. Dafür werden wir in Berlin sorgen. Ruhe und Besonnenheit ist jetzt die erste Pflicht. Keine nutzlosen Gewalttaten, die der Sache der hier demonstrierenden Arbeiter und Soldaten nur Schaden können. Die Masse muß jetzt den Beweis bringen, sich selbst beherrscht zu können!“

Rufe von der Laterne herunter:

„Friede! Freiheit!“

Die Menge antwortet:

„Friede!“

„Freiheit!“

„Brot!“

Ein Matrose überreicht Koske einen erbeuteten Offizierssäbel. Koske nimmt den Säbel an sich, aber er weiß damit nichts anzufangen und hält ihn ungeschickt in der Hand. Der Säbel ist entblüßt, ohne Scheide.

Ein langer Heizer, einer der vorher befreiten Arrestanten springt auf das Trittbrett des Wagens hinauf:

„Mensch, gib mir das Ding lieber!“

Koske überläßt ihm den Degen gern.

Das Auto fährt weiter in der Richtung zum Gewerkschaftshaus. Die Menge bleibt auf dem Platz zurück. Bonczyl, der in der Nähe des Gerüsts gestanden hat, erkennt den langen Heizer im Arrestanzug, der Koske den Säbel abgenommen hat. Karl Raumschuh. Endlich, hier auf dem Wilhelmplatz, hat er ihn gefunden. Er drängt sich durch die Menge, um ihn nicht wieder zu verlieren. Vor dem Arresthaus hatte er vergeblich nach ihm gesucht.

Raumschuh schreit mit hochgehobenem Säbel:

„Ihr seid ja alle verrückt! Koske, der und einen Säbel — einen Regenschirm hättet ihr ihm geben sollen!“

Kortekunafolat.

Der Kampf der Erwerbslosen und Pflichtarbeiter geht weiter

Wieg. Am Freitag fand hier eine Erwerbslosenversammlung statt, welche vom Erwerbslosen-Ausschuss und der Streikleitung einberufen war. Die Polizei hatte versucht, die Versammlung dadurch zu verhindern, daß man ein am Wohlabsicht angebrachtes Plakat, auf welchem die Versammlung bekanntgemacht wurde, beschlagnahmte und zwar mit der Begründung, daß in der Nacht vom Donnerstag zu Freitag 15 Fensterheben des Wohlfahrtsamtes mit Schottersteinen eingeschmissen worden waren, und daß neuerdings an der Arbeitsstelle am Rittergraben Wälle und eine Treibselbe auseinandergerissen und zerstört worden waren.

Genosse St. der daraufhin mit dem Polizeioberinspektor verhandelte, wies mit Recht darauf hin, daß diese Tat vielmehr von Agentenprovokateuren begangen sein könnte, als von den streikenden Pflichtarbeitern. Genosse St. wies auch in der Erwerbslosenversammlung darauf hin, daß die Arbeiterschaft besonders aufmerksam sein muß, da man durch betrieblige Sabotageakte und Agentenprovokateure nur Handhaben schaffen will, um gegen die Arbeiterschaft rücksichtslos vorgehen zu können. Nachdem Gen. O. den Bericht von der Stadtverordnetenversammlung und dem demagogischen Mandat der SPD. und SEDVP-Fraktion zur Frage der Pflichtarbeiter gegeben hatte, sprach der Genosse St. zum Kampf gegen Lohn-, Unterfütterung, Rentenabbau und der Mietschöpfung. Die Versammlung stimmte einer Resolution zustimmend zu, in welcher die amnestierenden Erwerbslosen und Pflichtarbeiter zum Ausdruck brachten, daß sie mit

allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Kampf gegen jede Weiterführung der Pflichtarbeit, für Auszahlung der Unterfütterung für die Streikenden gegen Lohn-, Unterfütterung, Rentenabbau und Mietschöpfung organisieren und führen werden.

Feldübungen und Provokationen der SA.

Sachwitz. In der Nacht vom 25. zum 26. Juni hielten die Hitler-Panthen, wie uns Augenzeugen berichten, in der Gegend von Ranth-Wellau Feldübungen ab. Am Sonntagmittag brachen diese auf Arbeitermord gedachten Norden in die verschiedenen Orte ein, um die Bevölkerung zu provozieren. So auch in Sachwitz, wo die Kapitalsöldlinge im vorigen Jahr bereits eine wohlverdiente Abreibung erhalten hatten. Polizei war dabei nicht zu sehen, es waren ja auch keine Komunisten oder Blumen- oder Kräuterpflücker, bei denen hat die Polizei ein scharfes Auge. Kurze Zeit vor dem Einrücken der Nazis wurde beobachtet, wie der Landjäger Wolf das Auto des Jagdpächters und Nazis Dietrich aus Breslau bestieg und verschwand.

Die Werktätigen von Sachwitz und Umgebung müssen daraus ihre Lehren ziehen; sie müssen sich in der roten Einheitsfront zusammenschließen, um zu verhindern, daß sie von der braunen Woydest niedergeschlagen werden. Nur in der antifaschistischen Aktion wird die Arbeiterschaft den Terror der Nazis brechen. Zur Bildung des roten Massenbewusstseins wird in den nächsten Tagen eine Versammlung stattfinden, die zum Kampf gegen den Faschismus Stellung nehmen wird. Die Arbeiterschaft von Sachwitz und Umgegend muß diese Versammlung zahlreich besuchen.

Deutsche Kunstflugmeisterschaft Breslau

Die oberste deutsche Luftsportbehörde, der Deutsche Luftfahrt, hat verfügt, daß das Pflichtprogramm für die deutsche Kunstflugmeisterschaft bereits am Sonnabendnachmittag um 17 Uhr ausgetragen wird. Des weiteren sollen am Sonnabendnachmittag Trainingsflüge zum Luftrennen und andere Übungsflüge gestartet werden. Diese Sonnabend-Veranstaltung ist auch für das Publikum freigegeben worden und beträgt der Eintrittspreis für diese Veranstaltung für Erwachsene 20 Pfennig, für Kinder 10 Pfennig. Das offizielle Flugprogramm der Deutschen Kunstflugmeisterschaft beginnt sodann am Sonntag, dem 10. Juli, um 15,30 Uhr, und werden im ersten Teil des Programms Staffelflüge, verschiedene Luftspiele und die Kunstflugvorführungen der Baroness Vera von Biffing gezeigt. Abdann werden die Kitzflüge um den Titel „Deutscher Kunstflugmeister“ ausgetragen; ferner wird das Luftrennen um den Bergmann-Platz-Preis gestartet. Das Luftrennen spielt sich direkt vor den Zuschauerrängen ab. Im Rennen nehmen nur Flugzeuge gleichen Fabrikates und gleicher Motorstärke teil. Da bei verschiedenen Veranstaltungen in anderen deutschen Großstädten die Flugtechnische Vereinigung wiederholt als Sieger aus dem Luftrennen hervorging, besteht große Möglichkeit, daß der Bergmann-Platz-Preis nach Breslau fällt.

Um weitestgehenden Wünschen betreffs Beschaffung einer Sitzgelegenheit entgegenzukommen, sind erstmalig reservierte nummerierte Sitzplätze auf dem Flughafen Breslau eingerichtet worden, so daß bereits jetzt im Vorverkauf ein jeder sich einen guten Sitzplatz sichern kann, der ihm sodann am Sonntag bestimmt zur Verfügung steht.

Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien

Friedland

Konfektion, Kleiderstoffe, Strümpfe und Trikotagen immer billig im **Central-Kaufhaus** 47668 Braunaer Straße Nr. 32

Bailhaus, Schlesienscher Hof Inhaber E. Gutter Landeshuter Str. 47669 empfiehlt sich den Werkstätigen

Café, Bäckerei und Konditorei 47670 Max Bachmann, Braunaer Str. 28

Kolonialwaren, Fische, Wild 47671 Konserven, Obst und Gemüse **F. Weider**, Schweißdritzer Str. 6

Sämtliche Molkereiprodukte 47672 empfiehlt **Carl Neugebauer**, Liebigstr. 2

ff. Fleisch- u. Wurstwaren in Aufschnitt **Josef Hermann**, Obersteiner Str. 15 47673

Möbelhaus Fr. Schubert 47674 Obere Steinstraße 3. Teilzahlung gestattet. — Lieferung frei Haus

Kolonialwaren / Tabake 47675 **Eise Japiner**, Untere Steinstraße 8

Kolonial- u. Schnittwarenhäuser 47676 **Tabake** Inh. **Martha Steudel**, Heldstr. 18

Burgkeller 47677 Verkehrslokal aller Werkstätigen **Alfred Meisel**

Brot- und Feinbäckerei 47678 **Hermann Wagner**, Brauberg 5

Schmiedeberg

Kauft im 47678 **Hamburger Zigarrenhaus**

Kolonial-, Rauchwaren, Franz Scholz 47679 Steinfelsen 47, Markt 23

Brot- und Feinbäckerei Walter Petrasch 47674 Liebauer Straße 30

Brot- und Weibbäckerei 47675 **Gerbert Schwabe**, Liebauer Straße 55

Richard Jehler, Oberstraße 14 47676 **Bäckerel** — Kolonialwaren

Fleisch- u. Wurstwaren, in Aufschnitt **Ernst Krebs**, Oberstraße 5 47677

n. Fleisch- und Wurstwaren Bier- und Frischbäckerei 47679 **Berthold Haring**, Hammerstr.

Herrmann Strobach Dresdener Platz 5 46945 Textilwaren — Reste

Wäschehaus Hermann Junge Marienplatz 6, gegenüb. dem dicken Turm Bettwäsche, Tischwäsche, Lebwäsche, Trikotagen u. Wollwaren, Kleider- u. Wäschestoffe, Gardinen 46641

Bruno Bolz 46811 Kakao — Schokoladen — Kaffee — Tee

Fisch- und Feinkostgeschäft **Paul Hultsch**, Genianiplatz 39 46813

S. Jippel, Brautwiesenstraße 24 Textilwaren, Arbeiter-Bekleidung 46646

Seifen, Parfümerien, Photo **A. Biehl**, Brautwiesenstr. 30 46642

Vorzeiger dieses erhält Bratlingsgeschenk **Papiergeschäft**, Schützenstraße 4 46644

W. Kocmarek, Landeskronstr. 42 Bettwäsche, Kleider Blaue Marken 46647

P. Herzmann, Bautzener Str. 51 47663 Weiß-, Brot- u. Feinbäckerei

G. Seufger, Heilige Grabstraße 73 Fleisch- und Wurstwaren 47127

P. Prüfer, Jacobstraße 40 Gold- und Silberwaren — Uhren 46840

Konsul-Drogerie Konsulstraße 2 47129

Spezial-Bettengeschäft Bettfedern-Reinigung **Anna Schlecht**, Brüderstr. 3 46819

Sämereien **Alfred Frenzel Nachf.**, Elisabethstraße 17 46645

P. Baier, Bankener Straße 4-7 Arbeitsbekleidung Möbel- und Polsterwaren 46812

W. Melzer Hohestraße 11 47250 Fleisch- u. Wurstwaren

Kronen-Apotheke Bismarckstr. 2 46942 Preiswert! Reell! Qualitätswaren!

Reserviert 46807

Sobota Poplastraße 11 46806 Textilwaren

Paul Hollmann Dresdener Platz 12 46647 Wäsche 6% blaue Marken

K. Winkler Löbauer-, Ecke Rauschwalder Str. Bäckerei 46946 Konditorei

8 Prozent Rabatt in Marken **Joh. Müller** Weißstraße 17 Lebensmittel 46643

E. Kleinert Prager Str. 8 46941 Lebensmittel

R. Hötig, Breitestr. 23 Fleisch- und Wurstwaren 47128

K. Schuber Leipziger- Ecke Kräftstr. Milch und Lebensmittel 46944

M. Nostitz 46943 Reichenbacher Str. 14 Lebensmittel, Milch

Richard Schneider Langen- Ecke Breitestr. Fleisch- und Wurstwaren 46939

G. Schmiedchen Konfitüren Lebensmittel Jauernicker Str. 43 46808

Reserviert 46950

Ernst Seldel, Demianipl. 19-20 Reparatur-Werkstatt Große Auswahl Fahrräder, Nähmaschinen 47130

Destillation / Weinhandlung **F. USEMANN** Weberstraße 10 46649

Theodor Dürsel, Obermarkt 2 Fahrräder und Ersatzteile 46814

Reserviert 47249

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei 46970 **Curt Warmuth**, Königstraße 12

Lebensmittel 46969 **Martha Romanczyk**, Altjauer Str. 18 a

Schuhwaren und Fußpflege 46975 **K. Klammke**, Goldberger Str. 32

Richard Wenke 46974 Goldberger Straße 24 Fleisch- und Wurstwaren

Verlangt stets Haselbach- und Kipke-Bier 46966 **Erich Keil**, Kirchstraße 1

Reinhold Köhler 46967 Vorwerkstraße 32 Fleisch- und Wurstwaren

Wilhelm Weinhold 46972 Goldberger Straße 10 Ja Fleisch- und Wurstwaren

Wir kaufen unsere Lebensmittel nur bei 36982 **H. Lanksch**, Königstraße 1 und unsere Milch am Milchwagen **M. Rindl**

R. Barthol, Waldstr. 2 Haus- u. Küchengeräte 47520

O. Lorenz Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Hindenburgstraße 20 47521

O. Jänke Brot- u. Weißbäckerei Hindenburgstr. 8 47522

W. Mühle Mittelstraße 1 Rodfleischerei 47524

Stern-Drogerie Drogen — Farben — Photo 47523 Horkaer Straße Nr. 1

Pelsterwitz

Beste Bezugsquelle 47500 für Lebensmittel ist und bleibt das **Kaufhaus Klaus**

Fleisch- und Wurstwaren **Mag. Kuhnert**, Hauptstraße 90 47499

Reichenbach OL

Max Hörter Markt 16 Fleisch- und Wurstwaren 47132

Reserviert 47134

Reserviert 47133

Tannhausen

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei **Bruno Fritsch**, Blumenauer Weg 47008

Schloß-Brauerei Tannhausen 47007

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei **Wilhelm Holz**, Neuroder Straße 18 47006

Penzig

S. Frankenstein & Co., Wilh.-Str. 35 47131

Gr. Wartenberg 47497

Richard Dittrich, Destillation Ring 44

Bernstadt

Reserviert A 47509 **Reserviert K** 47508

Hugo Saezuka 47507 Auto- u. Motorrad-Zentrale / Abt. Fahrräder Fernsprecher 188 — An der Breslauer Straße

Harry Schiffer 47506 Likörfabrik Namslauer Str. 22-23

Herren- und Knaben-Bekleidung kauft bei 46973 **Otto Schneider**, Königstraße 30

Reserviert 46977

Modehaus **Max Zickel** 46971 Jauer

Beuthen a. Oder, Bez. Liegnitz

Fleischerei und Wurstfabrik 47937 **Richard Kliemt**

Bäckerei Paul Herrmann 47935 Junkernstraße 38

Destillation u. Tabakwaren **Emil Strauß**, Markt 28 47936

Lebensmittel, Tabakwaren kauft man am besten bei 47938 **Otto Schulz**

Markt - Drogerie Photo-Artikel — Parfümerien Kinder- und Krankenpflege-Artikel 46640

Halbauer Markthalle Kolonialwaren **Emma Welser** 46588

Schloßhalle Eigene Erzeugnisse der Gärtnerei und Landwirtschaft 46589

Bäckerei und Konditorei **Richard Lehmann**, Markt 13 46590

Brieg

Fleisch- und Wurstwaren 47280 **Ernst Cosewitt**, Jungfernstraße 6

Beerigungs-Institut 47281 **Richard Gottschlich**, Burgstraße 17

Fleisch- und Wurstwaren 47282 **Rudolf Hoffmann**, Wagnerstraße 16

Kurt Reimann, Friseur, Aepfelstraße 6 Erwerbslose: Haarschneiden 40 Pfg. 47283 Rasieren 10 Pfg.

Obst und Süßfrüchte 47284 **Georg Beier**, Ring 48

Bergmann's Etagegeschäft Damen- u. Kinderkleidung **Oppelner Straße 24** 47285

Feine Fleisch- und Wurstwaren **Paul Zwiner**, Burgstr. 2 47498

Petersdorf

A. Leising, Dorfstraße 228 Drogen, Farben, Lacke, Photoartikel 47117

Gasthof Z. Notinung / Tel. 139 Verkehrslokal aller Werkstätigen Fremdenzimmer, Autogarage, in Mittaglich 47118 **Bruno Schön**

Markklissa

Schnellbrot - Anstalt garant. für gute Qualität u. sol. Preise **Helmut Zimmermann** Baderstr. 200 46691

Arbeiter deckt Eure Rauchwaren im **Zigarrenhaus Schneider** 46690 Schulstraße 34

Reserviert

Konradswaldau

Kurt Koll, Dorfstraße 25 Kolonialwaren — Spirituosen — Textil- und Eisenwaren 47343

Landstron Bier IMMER EIN GENUSS 46648

Maske & Co. Mittelstraße 5 47018 Schuhwaren 6%, blaue Marken

BUTTER-HANDLUNG **Hünelle** 47018 BERLINER STR. 8

Reserviert 47026

F. Zilger, Blumenstraße 60 47652 Schleiferei u. Stahlwaren

Braunsburger, Breitestraße Brot-, Weiß- und Feinbäckerei 47251

Reserviert 47248

P. Schröter Rauschwalder Str. 27 47654 Fleisch- und Wurstwaren

W. Kilmann Mittelstraße 29 47661 Obst, Gemüse Kolonialwaren

Die bevorzugten Rüdiger-Gaststätten Berliner Str. 32 Brüderstraße 1 bieten jedem das Beste 47257

Tolle Selbsterniedrigung vor Papen und Schleicher

Kommunistischer Antrag auf Aufhebung des „Vorwärts“-Verbotes beschlossen

Berlin, 7. Juli. Die kommunistische Fraktion hat im Landtag beantragt, die preussische Regierung zu beauftragen, das „Vorwärts“-Verbot sofort aufzuheben, weder von sich aus noch im Auftrage der Reichsregierung Zeitungen oder Organisationen zu verbieten, und den ihr nachgeordneten Behörden das Recht, Verbote zu verhängen, zu entziehen.

In der Mittwoch-Sitzung des Landtages verlangte der Genosse Pöck die sofortige Beratung und Beschlußfassung über diesen Antrag und erklärte dazu, daß es eine Selbstverständlichkeit sein müßte, daß, zumal im Kampfe, jeder Eingriff in die Presse, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit aufs schärfste zurückgewiesen wird.

Die sozialdemokratische Fraktion nahm zu dem Antrag eine Haltung ein, die von ihrer Ergebenheit gegenüber der Papen-Gayl-Regierung klägliches Zeugnis ablegt. Sie ließ den Abg. Dr. Hamburger erklären, der kommunistische Antrag sei wirkungslos, weil ihn

Severing nicht ausführen könne. Die SPD. beantragte deshalb, den Antrag dahingehend zu ändern, daß die Preußenregierung ersucht werde, „nochmals auf das ernste bei der Reichsregierung für sofortige Aufhebung des Verbots des „Vorwärts“ hinzuwirken.“

Der sozialdemokratische Änderungsantrag wurde jedoch gegen die Stimmen der SPD., des Zentrums abgelehnt. Der kommunistische Antrag wurde dann gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen, obwohl SPD. und Zentrum sich nicht an der Abstimmung beteiligten.

Wunderbare Tapferkeit der Selben der Demokratie! Wenn Papen-Gayl Maulkorbzwang blickieren, dann zwischen diese Vertreter des „sovereänen Volkes“, von denen angeblich alle Macht ausgeht, vor dieser „gottgewollten organischen Regelung der Dinge“!

Zu Anschluß hieran begann am Mittwoch im Landtag eine große

Debatte, die jetzt auf die beschleunigte Beratung ihres Haushaltsplans drängt, wird gezwungen werden müssen, erst das Amnestiegesetz in Anwendung zu bringen, ehe auch nur ein Wort zum Haushaltsetat gesprochen wird.

Die werktätigen Massen müssen das schändliche Verschleppungsmanöver und die Verschlechterung des Amnestiegesetzes durch die SPD. und die übrigen Parteien mit dem verstärkten Kampfe um die Vollamnestie aller proletarischen politischen Gefangenen beantworten. Nur die antifaschistische Aktion der roten Einheitsfront wird die Kerker Tore für alle proletarischen politischen Gefangenen öffnen.

Christlicher Arbeiterfunktionär als Delegierter zum antifaschistischen Kongress gewählt

Glabbach-Mhendt, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Aufruf zur Wahl von Delegierten aus allen Kreisen der antifaschistisch eingestellten Arbeiterschaft hat auch unter den christlichen Arbeitern am linken Niederrhein stärksten Widerhall gefunden. In einem aus Vertretern von elf proletarischen Organisationen bestehenden Einheitsausschuß von München-Glabbach wurde der christliche Arbeiterfunktionär Theo Pöckling einstimmig als Delegierter zum antifaschistischen Kongress am Sonntag, dem 10. Juli, in Berlin gewählt. Pöckling steht auf dem linken Flügel der katholischen Arbeiterschaft und hat besonders unter der katholischen Jugend starken Einfluß. Seine Entschlossenheit, Seite an Seite mit der antifaschistischen Klassenbewegten Arbeiterschaft gegen den Faschismus und die Papendiktatur zu kämpfen, zeigt, daß auch die christlichen Arbeiter bereit sind, ihren Mann in der antifaschistischen Klassenbewegung zu stellen und daß sie ebensowenig wie ihre kommunistischen Klassenbrüder gewillt sind, sich unter die Papendiktatur zu beugen, sondern daß sie wie die sozialdemokratischen Arbeiter, Schulter an Schulter mit uns kämpfen wollen. Die Hege der Zentrumsführer hat nicht vermocht, die christlichen Arbeiter von der proletarischen Einheitsfront zurückzuführen.

SPD.-Oberpräsident verbietet Frankfurter SPD.-Zeitung

Frankfurt a. M., 6. Juli. Die Frankfurter SPD.-Zeitung „Volkstimme“ ist von dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, Gaas, auf fünf Tage verboten worden, weil die Zeitung unter der Überschrift „Nationale Würdelosigkeit“ das Interview Papens mit dem „Matin“ kritisiert hatte. Die Reichsregierung erblühte darin eine Verächtlichmachung und forderte ein Verbot. Dieser Forderung des monarchistischen Reichsinnenministers Freiherrn von Gayl hat der SPD.-Oberpräsident sofort Folge geleistet. Kommentar erübrigt sich.

Debatte über Betriebsstilllegungen im Bergbau

Hierbei begründete Genosse Schlag (Halle) einen Antrag der Kommunisten, der sich gegen die Mißstände auf der Grube „Walters-Hoffnung“ im Oberböhlinger Braunkohlenrevier richtet. Auf dieser Grube wurde ein Lohnraub von mehr als 10 Prozent durchgeführt. Obendrein herrscht dort ein ungeheures Antreiber-system, wodurch Leben und Gesundheit der Bergarbeiter aufs höchste gefährdet werden. Der kommunistische Antrag verlangt strikte Anweisung an das Oberbergamt Halle, den Mißständen auf dieser Grube ein Ende zu machen, daß in jeder Schicht von der Belegschaft in geheimer Abstimmung ein Sicherheitsmann gewählt werden muß, der nur durch Beschluß der Belegschaft entlassen werden kann, um ihn so in die Lage zu versetzen, daß er wirklich die Interessen der Belegschaft wahrnehmen kann. Weiter fordert der kommunistische Antrag, das Alford- und Prämien-system auf dieser Grube zu verbieten, und daß alle Arbeiter sowohl im Schicht- als auch im Stundenlohn einen auskömmlichen Lohn erhalten.

Weiter begründet Genosse Schlag einen Antrag unserer Genossen gegen den

Subventionsfandal der Mansfeld AG.

Obwohl diese Ausbeutergesellschaft seit Juli 1930 nicht weniger als 16 000 000 Mark an Subventionen aus Steuergeldern der werktätigen Massen erhalten hat, wurden die Löhne der 14 000 Arbeiter von dieser Gesellschaft seit jener Zeit im Gesamtbetrage von 15 bis

18 Millionen Mark gekürzt. Nach dem neuen Reichsstat ist die Subvention für die Mansfeld-AG. gegenüber dem Vorjahre von 5,9 auf 0,4 Millionen Mark erhöht worden. Während also von der Arbeiterschaft des Mansfelder Landes circa 18 Millionen Mark an Löhnen geraubt wurden, haben sämtliche Parteien des Landes und des Reichstages, mit Ausnahme der Kommunisten, dieser Raubgesellschaft Zuschüsse des Staates und des Reiches im Betrage von circa 20 Millionen bewilligt. Die Kommunisten verlangten deshalb, daß alle Subventionen einschließlich der Beihilfen für Betriebsverbesserungen, die die Mansfeld-AG. bisher nicht zurückgezahlt brauchte, und die jährlich 1,4 Millionen Mark ausmachen, sofort eingestellt werden. Die bisher gezahlten Millionenbeträge können zur Erhöhung der Arbeiterlöhne und der Wohlfahrtsunterstützungen sowie zur Gewährung von Krediten an die Gewerbetreibenden des Mansfelder Landes verwendet werden. Außerdem beantragen wir, daß die Gehälter der Direktoren und der höheren Beamten denen der unteren Beamten und Angestellten anzugleichen sind und auf keinen Fall nicht mehr als 8 000 Mark jährlich betragen dürfen.

Wir fordern die Bergarbeiter des Mansfelder Hungerlandes auf, gemeinsam mit der kommunistischen Partei den Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen zu organisieren. (Beifall b. d. Komm.)

Als Hauptredner zur Bergarbeiterdebatte wird morgen noch von der kommunistischen Fraktion der Genosse Hausladen-Essen zum Wort kommen.

Weitere Verschlechterung des Amnestiegesetzes durch den Staatsrat

Nachdem der Staatsrat am 1. Juli mit den Stimmen der SPD., Staatspartei, Zentrum und dem größten Teil der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gegen das im Preussischen Landtag schon mit großen Einschränkungen beschlossene Amnestiegesetz Einspruch erhoben hat, ist zum Zustandekommen des Amnestiegesetzes eine Zweidrittelmehrheit im Landtage notwendig. Die Abstimmung, die bisher wenig Aussicht auf Erfolg hat, wird am Freitag, dem 8. Juli, stattfinden.

Zu Preussischen Staatsrat haben die gegen die Amnestie stimmenden Sozialdemokraten und auch die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft ein eigenes Amnestiegesetz eingebracht, das noch weitere Einschränkungen enthält. Sozialdemokraten und Deutschnationalen haben sich zusammengefunden und jeder ein fast gleichlautendes Amnestiegesetz vorgelegt, das sie nach der Annahme im Staatsrat dem Landtag zur Beschlußfassung überweisen wollen. In diesem neuen Gesetzentwurf sind außer den bisherigen zahlreichen Einschränkungen noch Vergehen der üblen Nachrede und Verleumdung sowie Verbrechen und Vergehen im Amte hinzugekommen. Außerdem sollen „alle Taten, deren Ausführung von Misset, Gewinnsucht oder Niedrigkeit der Gesinnung zeugt“, ebenfalls von der Amnestie ausgeschlossen sein. Die faschistischen Richter in Preußen werden selbstverständlich keinem nationalsozialistischen Mandat „Niedrigkeit der Gesinnung“ zuschreiben, dafür aber diese Einschränkungen auf jeden revolutionären Arbeiter beziehen. Die kommunistische Fraktion des Staatsrats hat ebenfalls einen Amnestie-Antrag eingereicht, in dem Straferlaß für alle proletarischen politischen Gefangenen, für Handlungen aus wirtschaftlicher Notlage,

§ 218 und Verstöße gegen die erlassenen Notverordnungen, soweit es sich nicht um Kapitalverschiebungen, Steuerhinterziehung und dergleichen handelt, verlangt wird.

Die preussische Landtagsfraktion wird von der Preussischen Staatsregierung mit aller Energie die Durchführung des im Preussischen Landtage beschlossenen Amnestiegesetzes verlangen. Die Re-

29 SPD.- und freigewerkschaftliche Funktionäre gegen die Einheitsfront-Sabotage der SPD.-Führer

Minden, 6. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In Minden (Hannover) haben 29 sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Arbeiter, die in der SPD., im Reichsbanner, in der freien Gewerkschaft und im Arbeiterportverein wichtige Funktionen bekleiden, einen Aufruf erlassen, indem sie die Einheitsfront-Sabotage der SPD.-Führer anprangern und verurteilen. Sie richten an alle sozialdemokratischen Kollegen den Appell, nicht den Verleumdungen und Verhöhnungen der SPD.-Führer zu folgen, sondern aktiv an der Herstellung der einheitlichen Kampffront mitzuwirken.

Der Aufruf ist unter anderem unterzeichnet von: Kölling, Kraftwagenführer, seit 1910 im Gesamtverband; Rodenberg, Schlosser, seit 1917 im Holzarbeiterverband; Westermann, Mitglied der SPD.; Dunand, Mitglied der SPD. und Fabrikarbeiterverband; Orlic, Mit-

glied der SPD.; Westphal, Mitglied des Reichsbanners; Händler, Wilhelm, Mitglied des Reichsbanners; Schröder, Ludwig, Mitglied des Reichsbanners; Anselb, Friedrich, Mitglied der SPD.

Auch SPD.-Leuchner verbietet!

Darmstadt, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Auf Wunsch des Reichsinnenministers wurde auch das Kopfblatt der sozialdemokratischen „Frankfurter Volkstimme“, die „Oberhessische Volkszeitung“ in Gießen auf fünf Tage verboten. Sprach das Verbot der „Volkstimme“ der sozialdemokratischen Oberpräsident aus, so ist das Verbot des Gießener SPD.-Blattes durch den sozialdemokratischen Innenminister von Heßen, Leuchner, verhängt worden.



Das ist das Wunder

der Bulgaria:
Die weltberühmten bulgarischen Tabake.
Sie geben auch unserer 3 1/3 Pfg. Zigarette die Ausnahmestellung unter allen Marken dieser Preislage.

BULGARIA SPORT

6 Zigaretten 20 Pfg.

die **3 1/3**
der Bulgaria
mit Sport-Photos

RUND UM DEN ERDBALL

Ostpreussisches „Idyll“

Militärischer Drill

Ein Genosse stellt uns einen Brief zur Verfügung, den er von einem Freund in Ostpreußen erhalten hat. Dieser Brief zeigt, daß es in Ostpreußen vorwärts geht, daß die Massen dort die Nazis richtig einzuschlagen beginnen. Wir geben hier den Brief wörtlich wieder.

Grunau, den 3. Juli 1932.

Lieber Franz!

Endlich bin ich dazu gekommen, Dir zu schreiben, es ist ja auch schon Zeit. Euch wird es es jetzt wohl auch miserabel gehen wie allen Arbeitslosen, hoffentlich kommt es bald anders. Denn, wenn die Nazis jetzt nichts machen, was ja so gut wie sicher ist, dann wird es in nicht allzu langer Zeit nichts anderes als eine kommunistische Partei in einem Sowjetdeutschland geben und auf den Zeitpunkt wollen wir alle hoffen. Dann wird der Freiheit Morgenrot auch für den Arbeiterstand andrehen. Ich habe hier auch schon ein paar Freunde, die für unsere Sache Interesse haben. Heute vor 14 Tagen da haben die Nationalen, aber hauptsächlich die Nazis, hier im Gutspark eine Uebung im großen Stil veranstaltet. Ein „Heimatschutz“-Verband wurde gegründet und etwa 200 Mann aus Grunau und Umgegend nahmen an dem Kursus teil. Es waren drei Reichswehrunteroffiziere erschienen, es wurden regelrechte Gruppen gebildet mit dem Stahlhelm- und Naziobershen als Führer an der Spitze und dann ging das Zwiebeln los. Ich ging natürlich auch in den Park und sah dem Treiben zu.

„Ich werde euch die Flötentöne schon beibringen“

Ein son kleiner Steppke, der machte schlapp und kam nicht so schnell mit, aber da kam er schön an. Während die anderen eine kleine Pause machten, da mußte er noch eine Portion heruntertreiben, immer links um, rechts um, auf, nieder, Pausschritt marsch marsch und so weiter in der Ballenstöße, die da gerade herrschte. Manche murmelten, aber es nützte ihnen nichts. „Ihr wollt es ja so haben, Lotterei gibt es ja hier nicht, es wird noch weit anders kommen“, sagte der kommandierende Leutnant. „Ich werde euch die Flötentöne schon beibringen.“ Sie wurden darauf alle aufgeschrieben und beladen Wäffe ausgestellt. Viele wollten sich noch zurückziehen, als sie sahen, wie es dort zuging, aber sie ließen sie nicht mehr weg. Mit dem Gefindel mühte doch ganz energisch ausgeräumt werden.

Kommunistische Lieder

Der dem Turnerbund angehörende Turnverein „Frisen“ in Grunau hielt auf dem Gelände nach der Grenze zu am 21. Juni eine Sonnenwendfeier ab. Die Mitglieder des Vereins sind fast alle diejenigen, die der NSDAP-Ortsgruppe angehören. Ich bin im Sportverein „Adler“ und diese beiden Vereine, Turn- und Sportverein, liegen schon jahrelang im Streite. Wir Mitglieder des Sportvereins, wenigstens alle, die so in meinem Alter sind, gingen neben dem ausmarschierenden Turnverein und sangen alle uns bekannten kommunistischen Lieder, was die Nazis in jurchbare Mut brachte, besonders weil sie die Marschordnung nicht stören konnten, um sich mit uns in ein Gefecht einzulassen. Denn zu Zusammenstößen, wenn auch unblutigen, ist es hier schon 2-mal gekommen.

Während der Rede, die der Vorsitzende des Turnvereins hielt, machten wir diese durch Lärmen, Lachen und Händeklatschen fast unverständlich. Denn was er da predigte, war ja der reine Hohn. Seine ganzen Angriffe richteten sich gegen die KPD, das war deutlich herauszuhören. „Wir wollen uns durch dieses Feuer reinigen von der Gefahr, die als ‚rote Seuche‘ am Herzen unseres Volkes nagt. Wir wollen uns wappnen gegen die Feinde von innen und außen.“ In dieser Weise ungefähr redete der Heher stundenlang. Als er geendet hatte, befragte er sich bei dem Nazi-Gemeindevorsteher über die Störenfriede und sie kamen dann beide zu uns. „Diese waren es hier.“ „Na, ich habe es nur nicht gehört, sonst hätte ich die Jungs schon zur Ruhe gebracht“, sagte der Gemeindevorsteher. In Wirklichkeit hatte er fünf Meter abgestanden und alles mit angehört, ohne etwas zu sagen. Na, ein großes Maul haben die Nazis ja alle. Weiter wäre wohl nichts zu berichten.

„Lasset die Kindlein zu mir kommen“



Pastor Cremer, der Hauptheld des Devaheim-Skandals. (Aus der „AIZ.“)

Statt Zarenhymne, die „Internationale“

Das einst berühmte Glockenspiel der Peter-Pauls-Festung in Leningrad ist jetzt wieder hergestellt worden. Es spielt aber nicht mehr die Zarenhymne, sondern die Internationale. Einstweilen klingt sie nur am Mittag und um Mitternacht über die Stadt, später soll sie sechsmal täglich zu hören sein.

Zürforgerat als Kindererschänder

Ein frommer Mann

Wien, 6. Juli. Hier wurde heute der christlich-sozialen Zürforgerat Heinrich Stegmann wegen Kindererschänderung verhaftet. Der 56-jährige, ein lediger Mann und Vater dreier Kinder, ist als Hausbesitzer in der Gasse Nr. 10, Klostergasse, die dem Klosterneuburger Bezirk gehört, tätig gewesen und betreibt auch das Ehrenamt eines Zürforgerates.

Stegmann lebte seit geraumer Zeit zwei elfjährige Mädchen durch kleine Geldbeträge, Raubwerk usw. an sich und verging sich in seiner Wohnung an den kleinen Mädchen, denen er in der ersten Zeit Mütterchen nannte, die sich mit Geburtssalben und dergleichen beschäftigten, sagte.

Später kamen die beiden Mädchen schon von selbst in die Wohnung Stegmanns, der mit den Kindern verlobt hatte, daß sie nur kommen dürfen, wenn sie im Keller eine Schachtel sehen. Dies war das Zeichen, daß die Frau Stegmanns außer Haus war.

Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung Stegmanns wurden auch mehrere großköpfige Kegelver gefunden.

Stegmann ist ein Vertrauensmann der christlich-sozialen Partei in Neudorf, der auch jeden Sonntag in der Kirche zu sehen war.

Die Besteigung des „Nanga Parbat“

Die deutsch-amerikanische Himalaja-Expedition, die Ende April unter Leitung des Alpinisten Willy Merkl und des Amerikaners Rand Herron von München aufbrechen ist, befindet sich auf dem Marsch zum Gipfel des 8116 Meter hohen „Nanga Parbat“.

Nach kurzem Aufenthalt in Somban fuhr die Expedition zunächst mit der Bahn nach Jammu und dann in Kraftwagen durch das Reich des Maharadscha von Kashmir nach Sandipura. In Sandipura wurden die Lasten auf Tragtiere verladen. Unter unglücklichen Schwierigkeiten — die Pferde lanten häufig so tief in den Schnee ein, daß sie ausgegraben werden mußten — erreichte die Expedition nach vierzehntägigem Marsch Dojan.

Ein medizinischer Rekord



ist dieser Tage von dem Chefarzt des Krankenhauses in Linz an der Donau aufgestellt worden: er führte seine 5000. erfolgreiche Kropfoperation aus, bei der ihn der Photograph aufgenommen hat.

Hunderttausende kommen

zu den Demonstrationen und Kundgebungen der Antifaschistischen Aktion.

Hunderttausende sind bereit,

sie auch durch Sammlungen zu unterstützen. Heraus mit den Sammelmarken und Sammellisten für

die Antifaschistische Aktion

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Die Kinderprostitution und ihre Ursachen

Von Dr. W. Swienty

Die Prostitution, steigend in Zeiten wirtschaftlicher Not, hat gegenwärtig einen Höhepunkt erreicht wie bisher nie zuvor. Die Zahl der haupt- oder nebenberuflich, die Zahl der nur gelegentlich sich prostituierenden Frauen kann auch nicht annähernd geschätzt werden. Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Notlage treiben immer mehr Frauen dazu, sich durch Prostitution wenigstens einen Teil ihres Lebensunterhaltes zu verdienen. Gerade in den Fällen wird das um so eher verständlich sein, in denen alleinstehende Frauen und Mädchen mit einer winzigen Unterstützung ihren Lebensunterhalt auf „anständige Art und Weise“ fristen sollen.

Die zufälligen Feststellungen, die anlässlich schulärztlicher Untersuchungen über das Auftreten der Kinderprostitution in Berlin gemacht wurden, haben schon immer die Vermutung aufkommen lassen, daß sich die Prostitution gerade unter den Kindern der Großstadt immer mehr verbreitet. Ein grelles Schlaglicht werfen auf die sozialen und kulturellen Verhältnisse der Proletarierjugend aber die Aufdeckung von Kinderprostitutionen für Prostitutionszwecke, wie sie erst vor kurzem wieder im Friedrichs- und Humboldthain gefunden wurden. Dort haben sich Kinder zwischen 7 und 12 Jahren für ein Glas warmer Milch, eine Tüte Bonbons, eine Eiswaffel an Männer „verkauft“. Jedes dieser Kinder dünkte sich besonders reich, wenn es einmal 20 Pfennig in bar auf diese Art verdiente.

Wie bei den Gerichtsverhandlungen in einem Prozeß, der vor wenigen Jahren anlässlich eines ganz ähnlichen Falles im Berliner Friedrichshain gegen mehrere Männer angestrengt wurde, eindeutig heroorging, waren die Kinder durchaus nicht die Verführten, sondern drängten sich vorbeigehenden Männern geradezu auf. Wer einmal in ihre Klauen geriet, den ließen sie so leicht nicht mehr los. Drohungen, groß angelegte Erpressungsversuche, anonyme Briefe ließen den Männern keine ruhige Minute.

Die ärztlichen Untersuchungen, die hinsichtlich des körperlichen und geistigen Zustandes bei diesen Kindern veranstaltet wurden, haben bisher noch jedesmal eindeutig das Ergebnis gezeigt, daß hier auf den verschiedensten Gebieten eine mehr oder weniger große Minderwertigkeit vorliegt. So berichtet Plegner der als einer der Ersten eine große Uebersicht über den Stand der Prostitution in Europa veröffentlichte, daß im allgemeinen bei wegen Prostitution verhafteten Mädchen im Alter von 12 bis 21 Jahren in mehr als zwei Dritteln der Fälle Schwachmüdigkeit oder andere geistige und seelische Defekte festgestellt werden.

gestellt werden. Auch Untersuchungen amerikanischer Ärzte haben das gleiche Ergebnis gezeigt. Der Berliner Kliniker, Geheimrat Bonnhöffer, fand, daß 70 Prozent der Prostituierten an Schwachmüdigkeit, Hysterie oder Epilepsie litten, und daß mehr als die Hälfte aus Familien stammten, in denen Vater oder Mutter (oder beide) dem Trunk ergeben waren.

Trotzdem ist es nun nicht etwa so, daß die kindlichen und jugendlichen Prostituierten nun samt und sonders als geistig defekt zu bezeichnen sind. Häufig genug wirken lediglich das Beispiel der Erwachsenen, die mit den Kindern in einer viel zu kleinen, viel zu engen Wohnung zusammengepfercht sind, wirkt das völlige Sich-selbst-Überlassenheit, der Mangel, auch einmal ein paar Raschereien zu haben, wie sie die Grete von nebenan so oft besitzt, als auslösende Ursachen. In solchen Fällen bedarf es dann meist nur noch eines kleinen Anstoßes von Seiten einer Kameradin oder dem Zureden eines Mannes, um das Kind gefügig zu machen. Solche gelegentlichen Zwischenfälle sind im Leben des Proletarierkindes sehr viel häufiger, als die Erwachsenen im allgemeinen zu denken pflegen. Das sich daraus aber eine offensichtliche Prostitution mit all dem widerlichen Dreck und Dreck, wie es bei der Prostitution der Erwachsenen bekannt ist, herausbildet, das sind Einzelfälle, die aber um so greller die seelische und körperliche Not der Schuljugend beleuchten.

Durch eine zweckmäßige, kollektive Erziehung ohne sentimentale Phrasen und ohne fühlbaren Zwang, vor allem aber durch die materielle Sicherstellung der Eltern und der Kinder könnte die „Entfittlichung“ der Jugend, von der die bürgerlichen Moralphilosophen so gerne und so viel reden, ohne Schwierigkeit gehoben werden. Was aber geschieht statt dessen? Das „gefallene“ Mädchen kommt, auch wenn es erst sieben Jahre alt ist und in keiner Beziehung sich klar ist über die Tragweite seiner Handlungen, ohne Nachprüfung der häuslichen Verhältnisse, ohne daß zum Verständnis der katastrophalen wirtschaftlichen Lage auch nur der gute Wille gezeigt wird (von einer Abänderung ganz zu schweigen), in Fürsorgeerziehung. Und was dann aus den Kindern schließlich wird, das haben ja die Prozesse gegen die verschiedenen Prügelpädagogen in diesen „Erziehungsanstalten“, wie sie sich gerade in der letzten Zeit vor den Augen der empörten Öffentlichkeit abgepielt haben, zur Genüge erwiesen!



Verband gegen Nachnahme oder Vorauszahlung ohne jeden Skonto ab Breslau - Verpackung zum Selbstkostenpreis wird nicht angenommen. Flaschenpreis Vollpreis.

Table with 4 columns listing various spirits and their prices. Includes items like 'Feiner Breslauer vollwertig durch Veredlung', 'Fein. Deut. Weinbrand - Verschnitt', 'Feinster aller Jamaika-Rum-Verschnitt', etc.

Brotkrumen und Ungezogenheit
Am 15. Juli:
Massen-Aufmarsch
der Breslauer Arbeiterschaft unter
den Fahnen des Kommunismus
für Liste 3

Breslau, 7. Juli.
Breslauer SWP.-Falke wurde auf einer Schulver-
sammlung als Delegierter nach Sowjetrußland
gewählt
(Pionierkorrespondenz)
Vor einigen Tagen war in der Sammelschule 3 eine Schulver-
sammlung. Als wir um 11 Uhr die Schule aus hatten, gingen wir
gleich hinten an die Ohle, und da erzählte uns jemand etwas darüber,
warum Delegierte nach Sowjetrußland rübergeschickt werden. Die
russischen Pioniere bestehen jetzt nämlich 10 Jahre. Deshalb haben
sie 175 deutsche Arbeiterkinder nach Rußland eingeladen. Wir aus
der Sammelschule 3 schickten auch einen Delegierten. Wir haben den
Vorstand der roten Falke dazu gewählt. Er hat sich alle Fragen
aufgeschrieben, die wir ihm gestellt haben. Die russischen Pioniere
werden sich ja wundern, wenn sie solche Fragen beantworten werden
müssen. Zum Beispiel: Ob die Kinder dort wirklich in Höhlen wohnen
müssen oder ob die Mütter ihre eigenen Kinder aufziehen oder ob die
Mütter dort noch Menschen aufziehen, wie viel Arbeitslohn es gibt.
Warum es keine roten Falke dort drüben gibt usw. Die russischen
Pioniere werden ja mit den Köpfen schütteln über solche Fragen. Aber
das schadet nichts. Wenn der Delegierte wieder zurückkommt, wird er
alle Fragen beantworten. Wir sind schon sehr neugierig. Da muß
uns der Delegierte aus Rußland zurückkommen, und alle unsere Fragen be-
antworten wird. Wir haben dann die Schulversammlung mit einem
dreißigen kräftigen „Rot-Front!“ geschlossen. Nicht weil wir alle
Kommunisten waren, sondern, weil wir heute eine geschlossene rote
Front gegen den Faschismus bilden müssen. Seid bereit. Friß.
Arbeiterkinder, folgt diesem Beispiel in allen Schulen.

Brutale Ausbeutermethoden in der Heimannischen
Gärtnerei
Nette Ausbeutermethoden herrschen in der Gärtnerei der
Heimannischen Erben in der Fürstentruhe, welche von dem Faschisten
Rudolf Janke verwaltet wird. Dort befinden sich eine Reihe
Pensionäre, unter ihnen Magistratsbeamte, Polizeiwachmeister usw.,
die dort die Arbeiter und Lehrlinge beschäftigen. Letztere müssen die
8 Uhr abends arbeiten und werden dafür nebenbei mit allerhand Köse-
namen, wie „Bioten - Krüppel - Schweinebände“ usw. belegt. Ja,
das geht schon so weit, daß sich selbst die Kundenschaft über die Aus-
beutermethoden des feinen Chefs, Herrn Janke, beschwert. Während
der dort beschaffenden und den Verkauf unter sich habende Arbeiter
neben seinem Stempelgehalt noch einen netten Verdienst für sich ver-
buchen darf, werden die dort beschäftigten Arbeiter mit 25 Wienig
Stundenlohn nach Hause geschickt. Hier wird es Zeit, daß die Arbeiter-
schaft mit aller Entschiedenheit einmal hineinfährt und diesen Aus-
beutermethoden ein Ende bereitet.

WDR-Prozess - Tag der Plaidoyers
Am Mittwoch begann nach einigen Zeugenvernehmungen die
Reihe der Plaidoyers. Dem Reigen eröffnete der Staatsanwalt, der eine
groß angelegte Anklagerede hielt. Er wies in besonders starken Worten
auf die Mißwirtschaft innerhalb der WDR hin, griff aber (und das ist
bezeichnend für den ganzen Prozess) die führenden Persönlichkeiten
nicht an, zog auch die Aussagen Müllers nicht heran, sondern kon-
zentrierte seine ganze Anklage gegen den Angeklagten Bartisch, für den
er drei Jahre Gefängnis beantragte. Für den praktischen Arzt
Dr. Wiesner wurden zwei Jahre Gefängnis beantragt. Dudaak, der
Damburger Vertreter, soll ein Jahr sechs Monate Gefängnis erhalten.
Für die beiden Feinsche Henrichel und Kammler wurden drei und
fünf Monate Gefängnis beantragt. Die Plaidoyers der Verteidiger
aller Angeklagten beschäftigten sich zuerst mit Bartisch, da von der Ver-
urteilung des Falles Bartisch der Grad der Verurteilung ihrer Klienten
abhängt, so daß Bartisch vier Verteidiger hatte. Der Verteidiger des
Angeklagten Bartisch unterbreitete die Angaben des Staatsanwalts über
die Korruption und Mißwirtschaft in der WDR, die auf Grund einer
Parteibuchwirtschaft eingewirkt sei, bedauert, daß in diesem Prozess
gegen die führenden Persönlichkeiten der WDR nicht vorgegangen
werden darf, und bittet um milde Beurteilung des Bartisch auf Grund
des sehr labilen und kumpfigen Bodens, auf dem Bartisch gestanden
habe und wodurch er in den Sumpf mit hineingezogen worden sei.
Die anderen Verteidiger, bis auf den Verteidiger des Angeklagten
Wiesner, der seinen Klienten für schuldig erklärt und um Frei-
sprechung bittet, geben die Schuld ihrer Klienten zu und bitten um
milde Beurteilung. Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Am
Freitagmittag soll das Urteil verkündet werden.

Reiterwitz, Kreis Lohau. Am Sonntag, dem 3. Juli, wurde bei
der Veranstaltung der roten Sportler auf dem Stadion in Reiterwitz
ein Damen-Turnier (Marke Phanomen) veranstaltet. Meldungen sind an
Genossen Bernhard Schaefer, Ohlau, Bahnstraße 23, zu richten.

Kriegs- und Arbeitsopfer wollen nicht
kampflos verreden

Breslau. Am Donnerstag voriger Woche hatte der Kampfaus-
schuß Scheitnig die Kriegs- und Arbeitsopfer Scheitnig zu einer
Versammlung zwecks Bildung der roten Einheitsfront aller Kriegs-
und Arbeitsopfer einberufen. Es sprach der Reichstagsabgeordnete
Karl Becker, der die Kriegs- und Arbeitsopfer eindringlich er-
mahnte zur sofortigen Bildung der roten Einheitsfront, wenn sie
nicht elendig den Hungertod sterben wollen. Jetzt ist es die höchste
Zeit, daß das Proletariat diesem fluchbeladenen kapitalistischen
System, das immer brutaleren Kürzungen, Lohn- und Unterstützungs-
abbaumaßnahmen durchführt, in einer Zeit, in der ständig die Preise
für Lebensmittel und Gebrauchsgüter steigen, ein hartes Nein
entgegenzusetzen muß. Seine Ausführenden saßen bei den Ver-
sammlungen lebhaften Weisfall.
In der Diskussion sprachen SPD., SWP. und kommunistische
Arbeiter sich für die dringende Notwendigkeit des gemeinsamen
Kampfes, in gemeinsamer Front, gegen den gemeinsamen Feind aus.
Es herrschte volle Einstimmigkeit auch über den schändlichen Verrat
in allen bürgerlich-sozialdemokratischen Organisationen, die da vor-
geben, die Interessen der Kriegs- und Arbeitsopfer zu vertreten.
Den Kriegs- und Arbeitsopfern dürfte nun immer mehr klar werden,
daß neben dem Internationalen Bund, der mit aller Energie und
Entschlossenheit die Interessen der Opfer des Krieges und der Arbeit
vertritt, keine Organisation existiert, die es ernst nimmt mit der
Wahrung ihrer Interessen. In den Ausführungen der einzelnen
Redner wurde aber auch zum Ausdruck gebracht, daß es angesichts
der drohenden Kriegsgefahr erforderlich ist, die gesamte arbeitende
Bevölkerung gegen die Pläne der imperialistischen Kriegsheer zu
mobilisieren. Die Versammlung fand ihren Niederschlag in der
nachstehend einstimmig angenommenen Resolution:

Resolution
Die am 30. Juni 1932 in dem Gesellschaftshaus „Oberstrom“,
Breslau, Akerstraße, vom Kampfausschuss einberufene öffentliche
Kriegs- und Arbeitsopfer-Versammlung protestiert mit aller Ent-
schiedenheit gegen jeden durch Notverordnungen bisher erfolgten
Aufbau auf sozialpolitischem Gebiet, insbesondere aber gegen die
brutalen Kürzungen der seitens der Junkerregierung Papen heraus-
gegebenen 5. Notverordnung.
Die Versammelten geloben, ihre ganze Kraft für die Einheitsfront
aller Kriegs- und Arbeitsopfer einzusetzen und zu kämpfen, bis alle
Verhinderungen beseitigt sind.
Zur drohenden imperialistischen Kriegsgefahr erklären die Ver-
sammlten, daß sie ihr Herzblut einlegen werden, wenn die Kaufgier
der imperialistischen Mächte es versuchen sollten, unter einzigem
Vaterland, die Sowjetunion, anzugreifen. Die Versammelten gel-
oben, dieser fluchbeladenen kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit
schnellster Erledigung das Grab zu jehaufeln, damit ihnen dadurch das
Dr. Brechtische „Paradies“ erspart bleibe.
Zu diesem Zweck werden sie mit aller Entschiedenheit die zur Ver-
hütung eines neuen Krieges, der nebst einem Meer von Blut und
Tränen neues Elend, Not und Verzweiflung für die Arbeiterklasse der
ganzen Welt bedeuten würde, notwendig auf dem Weltkongress zu be-
schließenden Maßnahmen, durchzuführen. Sollte aber der Ausbruch
eines Krieges unvermeidlich sein, so werden sie ihn durch ihre Ent-
schlossenheit ein schnelles Ende bereiten.
Sie fordern alle noch abseits stehenden Kriegs- und Arbeitsopfer
zum entschlossenen Kampf in der roten Einheitsfront auf, welches die
brennendste Tagesfrage des Proletariats ist.
Zum Zwecke der Mobilisierung aller Kenner und Opfer gegen die
Rentenfürzung und Notverordnung der Junker-Papen-Regierung,
richtet die Versammlung den offenen Appell an alle Rentner und
Leidensgenossen, zwecks sofortiger Organisation einer großen,
wichtigen, einheitlichen Demonstration der Kriegs- und Arbeitsopfer,
durch die Straßen Breslaus, um den geschlossenen Kampfeswillen der
Notverordnungsoffer in einheitlicher Front, zu beweisen und damit
auch die Voraussetzungen des Sieges der Arbeiterklasse zu schaffen.
Nachdem noch zwei Genossen des Internationalen Bundes in den
provisorischen Kampfausschuss gewählt wurden und der Genosse
Höflicher als Delegierter zum Weltkongress gewählt wurde, fand die
Versammlung ihren Abschluß. Mit dieser Versammlung dürfte ein
weiterer Schritt zur roten Einheitsfront gemacht sein. Nun schreitet
zur Antifaschistischen Aktion.

Die Sitzung der Elternbeiräte
findet heute im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12/11, statt. Es ist
Wichtig jedes Elternbeiratsmitgliedes der Listen „Schulaufbau“ und
„Proletarischer Schultkampf“, an dieser Sitzung teilzunehmen.

Die Einheitsfront in Rosenthal auf dem Marsch!
In der vergangenen Woche fand eine gemeinsame Mitglieder-
versammlung der SPD. und SWP. in Rosenthal statt. Ein Vertreter
der Zelle Rosenthal der SPD. wies auf die Notwendigkeit der Organi-
sation einer breiten antifaschistischen Einheitsfrontbewegung hin. Die
Genossen der SWP. erklärten sich einmütig bereit, mit uns gemeinsam
den Kampf gegen den Faschismus, der in allen Formen gegen das
Proletariat wütet, aufzunehmen. Es wurde ein provisorischer Kamp-
fausschuss gewählt, dem vorerst je zwei Arbeiter der SPD. und SWP.
angehören.
Der provisorische Kampfausschuss berief für Montag eine Einheits-
frontversammlung ein. Die Versammlung, in der Genosse Gestein
von der SWP. als Beauftragter des Ausschusses sprach, war noch nicht
zufriedenstellend besetzt. Dennoch trugen sich 29 Arbeiter in die Listen
des roten Massenstreikzweiges ein und der Schußbündel schloß sich
korporativ an. Der provisorische Ausschuss wurde von der Versam-
mlung einstimmig bestätigt. Alle Anwesenden gelobten, in der schnellsten

Zeit die noch am Orte vorhandenen SWP.-Arbeiter für den gemein-
samen Kampf zu gewinnen, ebenso die parteilosen Arbeiter für die
Antifaschistische Aktion des Proletariats zu mobilisieren.
Nun gilt es, in Betriebs-, Erwerbslohn-, Mieter- und Einwohner-
versammlungen die Kampfbasis zu erweitern und dem provisorischen
Kampfausschuss Aufgaben zu stellen, da der Kampfausschuss, der keine
Aufgaben zu erfüllen hat, zum Absterben verurteilt ist.

Die Arbeiterchaft beherrscht die Straße
Strehlen. Der so groß angelegte Naziummel war eine Blöße
für ihre Manager, und zeigte mit aller Deutlichkeit, daß die Nazis sich
in der Defensive befinden. Schon am Sonnabend zeigte es sich, daß die
Straßen Strehlens der Arbeiterchaft gehören und von ihnen beherrscht
werden. Die braunen Sympetanten wurden unter dem
Schutz der auswärtigen Polizei in ihre Quartiere begleitet. Auch die
Sonntagveranstaltung wurde nur unter starker Polizeibewachung
durchgeführt, wobei ängstlich die Arbeiterviertel gemieden wurden.
In einem Rundschreiben der Kreisleitung der SWP., welches
durch eine bestimmte Stelle in die Hände unserer Parteigenossen fiel,
wurden bereits die 5000 angelegten Nazis auf 3000 reduziert und tat-
sächlich marschierten am Sonntag kaum 1200 Mann auf, die man bei
aus Gehör herangeschleppt hatte. Der Gemeindevorstand Dines hielt
am Ring eine Ansprache, wobei er gegen die fluchwürdige Arbeiter-
schaft und die SA-Leute, die nur willenlose Werkzeuge in den Händen
ihrer Führer sind, zu neuen Worten aufbelebte. Ihre Feindschaft
kam jedoch in keinem Ausbruch. Wir können uns leider nicht solange
hier aufhalten, denn die rote Nordkomune (!) ist im Anmarsch“
zum Ausdruck. Er meinte damit die vom Kampfausschuss aufgerichtete
Gegenemonstration der Strehler Arbeiterchaft.
2000 Arbeiter der SPD., SWP., SWP. und parteilose Arbeiter
aus Stadt und Kreis Strehlen, waren hier in geschlossener Front auf-
marschiert. Immer länger wurden die Gesichter der Nazis und der
mit ihnen inwärtshührenden Geschäftseute, als die Arbeiterchaft zum
Breiten des Naziummarsches anmarschierte. Ein Genosse hielt am
Ring eine Ansprache, und in der Schlußrunde auf dem Selbst-
hilfplatz sprachen noch zwei Genossen.
Der Kampfwille der Strehler Arbeiterchaft ist am Sonntag er-
neut bewiesen worden. Die Arbeiterchaft von Strehlen hat erneut
gezeigt, daß sie nicht länger gewillt ist, die Notverordnungsbildung
und die brutale Lohn- und Unterstützungsabbaumaße zu ertragen. Mit
allen Mitteln wird sie gegen Notverordnungsbildung, Faschismus und
den Mordterror der Nazis zu kämpfen wissen. Der letzte Wertfänger
muß sich einreichen in den roten Massenstreik. Jeder Arbeiter
trägt das Abzeichen der Antifaschistischen Aktion und kämpft in der
roten Einheitsfront für Arbeit, Brot und Freiheit.

Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48 Blücherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
Selenkestraße 17 Michaelisstr. 3
Frankfurter Str. 103, geg. d. Schlauchtuf
Gneisenauplatz 7
Niederlage: Gräbschener Straße 66
Bienen an vom Faß:
das ganze Liter
Breslauer 25% = 1.50
Breslauer 32% = 1.90
Weinbrand-Verschnitt 38% = 2.60
Weinbrand echt 38% = 3.80
Garantiert aus reinem franz. Wein
Jam.-Rum-Verschnitt 2.85
Weine u. Obstweine v. Faß
das ganze Liter
Apfelwein süß per Liter 0.55
Heidelbeerwein süß " 0.70
Johannisbeerwein süß " 0.70
Rheinwein zur Bowle " 0.70
Muskateller " 1.00
Deutscher Wermutwein " 0.70
Tarragona " 1.00
Malaga " 1.20
Süßer ungar. Dessertwein " 1.50
Prima Spirit per Liter 4.60
Gebirgshimbeersaft " 1.20
Tafel-Liköre einschl. Flasche
Meisterwerke der Destillierkunst
Bitter, Leuchtlikör, Bergamotte-
Aroma, Ingwer, Kümmel, Anisette
Pfefferminz u. c.
30% per 1/2 Fl. 2.20 per 1/2 Fl. 1.15
35% per 1/2 Fl. 2.60 per 1/2 Fl. 1.80

Spezialhaus für
Fluß- u. Seefische
Konrad Fischer
Breslau 10, Lehndamm 5a
Ecke Kreuzstraße
Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Massenaufgaben
in Flach- und
Rotationsdruck
preiswert
FORTSCHRITT
AG. FILIALE BRESLAU
Treibitzer Str. 50
Telephon 48455
Merrett-Fahrrad
von 51,90 an
Damenfahrrad von 38,50 an
Decken von 0.86 an
Schlüssel 0.75, 0.85, 0.45
Pegels 1.15, 0.95, 0.85, 0.75
Ketten 1.15, 0.85, 0.50
Vorderrad, gelb 2.40
Hinterrad m. Freifl. 1.75
Schlüsselringe 3.75
Postfachstraße 30
Gräbschener Str. 43

Roter Massenelbstichuk in Aktion

verhindert wieder eine Zwangseingliederung

Waldenburg. Inwieweit der Rote Massenelbstichuk in Waldenburg erkannt hat, das seine Aufgabe darin besteht, in jeder Situation, wo es gilt, die Rechte der Arbeiter zu verteidigen, zeigte sich am Dienstag, dem 5. Juli, wo der Wohlfahts-erwerblose Mäler in Waldenburg, WehrlichtstraÙe, zwangseingegliedert werden sollte. Schon am frühen Morgen hatten sich eine große Anzahl Arbeiter des Roten Massenelbstichukes eingefunden, besetzten die Wohnung des Kollegen Mäler, und besetzten das StraÙenbild vor der Wohnung des betreffenden Arbeiters.

energische Auftreten der Arbeiter, die Polizeiverwaltung gezwungen war, die Ermittlung auf den 15. August zu verschieben.

Das Auftreten des Roten Massenelbstichukes zeigt mit aller Deutlichkeit, das die Arbeiterschaft, wenn sie geschlossen zusammensteht, in der Lage ist, alle Angriffe des Hungersystems und der braunen Mordpolitik gegen die Kerkisten der Armen zurückzuschlagen. Aufgabe des Roten Massenelbstichukes wird es sein, in Zukunft auch in anderen Situationen auf den Plan zu treten, denn nur so kann die rote Einheitsfront gegen die faschistische Ausbeuterfront hergestellt und alle Angriffe siegreich zurückgeschlagen werden.

Antifaschistische Massenversammlung in Weifstein

Weifstein. In der am Dienstag im „Deutschen Hause“, Weifstein, stattgefundenen öffentlichen Versammlung, sprach Genosse Walter Dettinghaus, der von der Arbeiterschaft mit einem stürmischen „Rot-Front!“ begrüßt wurde, im überfüllten Saale über das Thema: „Von der Eisernen Front zur Antifaschistischen Aktion.“ Die herrschende Klasse hat dem Proletariat schon Millionen und Milliarden genommen und dem Großindustriellen und Großgrundbesitzern gegeben. Für sie ist Deutschland eine „Wohlfahrtsanstalt“, während das Volk zugrunde geht. Die Beschlüsse erhielten ihre Ausprägung in Form von Subventionen, die Beschlüssen wurden ausgedehnt. Das war unter jeder Regierung so und wird nach Brüning und Papen fortgesetzt werden. Die verdrängten „Fronten“, die die Arbeiterschaft kennen lernte, brachten uns nichts als weiteres Elend, weitere Verflaung. Das fing mit dem Burgfrieden 1914 an, den die SPD mit der kapitalistischen Gesellschaft schloß. Die Arbeiterschaft einigte sich in der Fortsetzung und als das Volk rebellierete, da „marschierte“ die Sozialisierung. Es wurde toleriert bis zum letzten. Die dritte Front ist die „Eiserne“. Achtzehn Millionen Stimmen vereinigte die „Eiserne Front“ auf ihren Kandidaten Hindenburg, der „ein Wall gegen den Faschismus“ sein sollte, aber in Wirklichkeit die Brücke ist.

Aufmerksam lauschten die Versammlungsbesucher, während dem ausgezeichneten Referat des Genossen Walter Dettinghaus. Er hatte allen aus dem Herzen gesprochen und brausender Beifall setzte ein, als er endete.

Genosse Klein sprach über den proletarischen Massenelbstichuk, die Notwendigkeit der Bildung eines Einheitsausschusses und forderte auf, die „Arbeiters-Zeitung“ zu abonnieren.

Ein Einheitsausschuß von 12 Mitgliedern wurde von der Versammlung gewählt. 25 Arbeiter meldeten sich neu zum proletarischen Massenelbstichuk, sodas die Zahl von 200 in Weifstein weit überschritten ist. Außerdem ließen sich einige Betriebsarbeiter in die Partei aufnehmen und einige bestellten die „Arbeiters-Zeitung“.

Bezeichnend ist, das die Funktionäre der „Eisernen Front“ in Weifstein wieder verurteilt, ihre Anhänger von der Versammlung mit dem früheren SPD-Abgeordneten Dettinghaus fernzuhalten, indem sie die Arbeiter zu einem Hammerklubabend im Turnerheim einluden. Es muß schon traurig bestellt sein um die feste Ueberzeugung der Mitglieder zur SPD, wenn die Funktionäre fürchten, das durch Teilnahme an einer kommunistischen Versammlung das Vertrauen zur SPD-Führerschaft vor die Hunde geht.

Trotz aller Versuche, die Einheitsfront zu hemmen, wird sie weiter wachsen und den faschistischen Terror erfolgreich abwehren. Mögen jene, so lange sie das verantworten können, sabotieren und hinterher hinters, das Wellenrad in seinem Lauf, hält weder Lohs noch Esel auf!

Festgestellt ist noch, das allein in dieser Versammlung Genosse Schubert 100 Abzeichen der „Antifaschistischen Aktion“ verkaufte. Die Massenversammlung fand ihr Ende mit Absingen des Liedes: „Die Straße frei den roten Bataillonen“ und einem dreifachen, tosenden „Rot-Front!“

Der Stimmzettel wird auch am 31. Juli nicht entscheiden. Es ist unsere Pflicht, den Arbeitern das zu sagen. Die Abgabe des Stimmzettels ist eine Wahrung, eine Kampfanlage an die herrschende Klasse. Die Vereinerung der Arbeiterklasse kann nur ihr Werk selbst sein.

Genosse Dettinghaus appellierte an alle Arbeiter, gemeinsam mit uns zu kämpfen im Betrieb, auf der Stempelstraße und auf der Straße. Die Betriebsarbeiter und Gewerkschaften müssen sich zusammenschließen auf Betrieb und Berdors.

Junter erhalten durch Arbeitsdienst doppelten Profit

Alles auf Kosten erwerbsloser Jungarbeiter — Wir rufen die Jugend zur Antifaschistischen Aktion gegen die Arbeitsdienstpflicht

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Charlottenbrunn. Aus diesen Orten haben sich junge Leute zum heimlichen Arbeitsdienst gemeldet. Die Gemeinde erhielt vom Arbeitsdienstamt ein Schreiben, in welchem gesagt wird, das von der kommenden Woche an junge Leute auf große Güter gebracht werden. Das Mann müssen innerhalb von den Wohlfahtsamt 9 Mark bezahlt werden. Das Arbeitsdienstamt hat sich bereit erklärt, 8 Mark zu zahlen.

Jetzt wird für einen Wohlfahtsempfänger unter 18 Jahren 4,01 Mark und über 18 Jahre 6,02 Mark wöchentlich ausgegeben. Die jungen Leute sollen also bei den Arbeitsdienstämtern arbeiten und dafür noch Geld mitbringen. Jahrelang haben die Krankenkassen Subventionen erhalten. Jetzt wollen sie auf die Art das Volk auslaugen, um ihr Einkommen weiter führen zu können.

Jungarbeiter, laßt euch nicht misshandeln! So haben die Wohlfahtsämter für euch 4,01 Mark bzw. 6,02 Mark die Woche übrig. Das Arbeitsdienstamt wollen sie für eure Arbeit 5 Mark bezahlen. Führt ihnen gemeinsam ein z. z. z. gegen diese treue Ausbeutung! Haltet unter allen Umständen eine feste Beschlusse! Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht und die Faschisierung! Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht! In dem Sinne, das die Antifaschistische Aktion!

brennenden Schmerzen konnte ich kaum aushalten. Erst ein Hausmittel brachte Erleichterung und schließlich trat auch der Bruch wieder selbstständig zurück, worauf ich das Bein verlassen konnte. Auf das Auto war ich vergeblich gewartet. Erst am 23. Juni erfuhr ich ein Bote vom Wohlfahtsamt und glaubte, das ich schon aus dem Krankenhaus entlassen sei. Ich ließ mich durch den Boten des Herrn Dr. Rodewald für die „Schöne Höhe“ schicken bedanken. Die „Schöne“ Autofahrt ging mir ebenfalls leicht.

Die Zeitschrift zeigt, das ein Wohlfahtsempfänger hilflos verreden kann, ohne das ihm geholfen wird.

70000 Mark Defizit in der Gemeinde Ströbel

Ströbel. Am 28. Juni fand nach längerer Zeit eine öffentliche Gemeindeversammlung statt. Wiederum hatten sich eine Anzahl Gemeindeglieder eingefunden. Es handelte um ein einstufiges Amt (Vertretung des Bauabkommens zur 1922 23) auf der Tagesordnung. Nach drei Stunden wurde beschlossen, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Etwa 70000 Mark beträgt der Gehaltsbeitrag dieser SPD-Fraktion. Unklarheit die Verwaltungsausgaben zu erörtern. Fast der Voranschlag eine Erhöhung von 2000 Mark vor. Genosse Tiller hatte den Antrag, auch dem Gemeindevorstand die Entschädigung gemäß der Bestimmung der Landesordnung um 15 Prozent zu kürzen. Die SPD stimmte geschlossen gegen diesen Antrag, obwohl ihr bekannt ist, das die Entschädigung bedeutend über dem vom Arbeitsausschuß herausgegebenen Bericht liegt. Er an die Landverordnungs- und Handwerkskammer ein „öffentliche Beschlüsse“ waren nicht vollständig eingereicht worden, das sie von diesen Stellen nicht nachgeprüft werden konnten. Trotzdem nahmen die SPD-Gemeindevorstand den Voranschlag einstimmig an. Wiederum hat der Sozialist Kubitz bewiesen, das er unfähig ist, die Gemeinde- und Anwohner zu führen. Der Sozialist Kubitz mußte sich von einem Gemeindevorstand den Vorwurf, das er Gemeindevorstand verabschiedet hat, anhören. Um dies zu verhindern, wurde gesagt von seinen Parteifreunden der eingebrachte Antrag begrüßt, das Kubitz in Zukunft Beiträge über 50 Mark nicht mehr ohne Zustimmung der Gemeindevorstand herausgeben darf. Ferner wurde Kubitz von einem Zuhörer als „Lügner“ beschimpft. Der Sozialist Kubitz brachte es fertig, es als eine „Gemeinheit“ hinzustellen, das in der Öffentlichkeit über seine Entschädigung gesprochen wird. Nach seiner Ansicht dürfen Gemeindevorstände nicht erfahren, wie hoch seine Entschädigung ist.

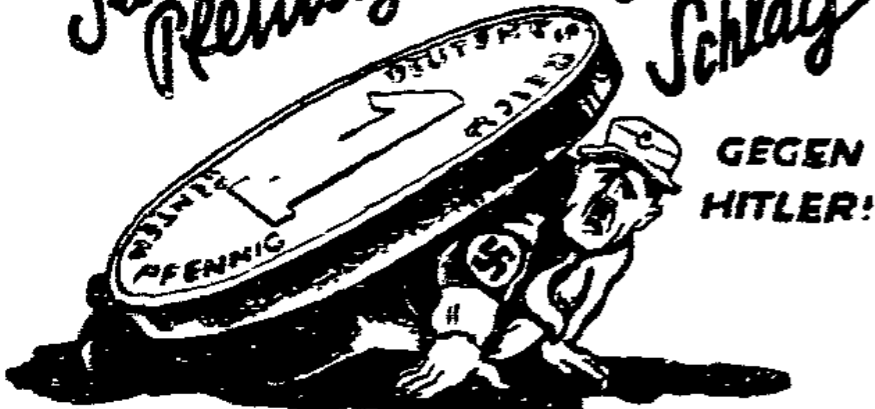
ist, sich weiter von den eigenen Parteigenossen als „Kampfmann“ bezeichnen. Oder wird er, wie in der letzten Sitzung festgestellt worden ist, sich weiter von den eigenen Parteigenossen als „Kampfmann“ bezeichnen lassen? Charakteristisch ist das Eingeständnis des Sozialisten Kubitz, das er in dieser Sitzung schon zugab, das die SPD niemals die Mehrheit im Gemeindevorstand erhalten wird.

Kubitz bestätigt somit selbst, das er gegen die Interessen des Proletariats gewirtschaftet hat. Jarosch Herr Kubitz, die Arbeiterschaft von Ströbel hat sich das schändliche Verhalten gemerkt und wird bei gegebener Zeit die Quittung geben. Die Ströbler Arbeiterschaft wird ihnen keine Träne nachweinen. Die Ströbler Arbeiterschaft wäre froh, wenn sie baldmöglichst verschwinden würden.

„Schnelle“ Hilfe durch das Wohlfahrtsamt

Waldenburg. Ein Wohlfahtsempfänger schreibt: Seit November 1929 über ich an einem Fieberfriesel, der schon mehrere Male hervorbrach. Am 15. Juni trat der Fieber wieder heraus. Weil die Barmherzige Geschwister von Waldenburg nicht, bin ich froh, wenn ich dieselbe adone abnehmen kann. Gestern über über morgens trat der Fieber, als ich mich hob, heraus und es gelang mir nicht, denselben zurückzudrücken. Ich rief Dr. M. an, der ebenfalls den Fieber nicht zurückdrückte. Der Arzt schrieb eine Empfehlung zwecks Einlieferung ins Kreis-Krankenhaus zur Operation. Der Bote brachte die Nachricht, das um 11 Uhr die Ärzte zu Dr. Rodewald geschickt werden. Die

Jeder Pfennig ein Schlag gegen Hitler!



GEBT FÜR DEN KAMPFFONDS DER ANTIFASCHISTISCHEN AKTION.

Arbeitertorrespondenten, Berichterstatter!

Politische Zeitungsobientel

Sonntag, den 10. Juli, vormittags 9 Uhr, findet für das engere Gebiet des N. Waldenburg eine Arbeitertorrespondenten-Konferenz in E. Hsien, Gaffhaus „Gohwald“ statt. Jeder Betrieb, jeder Ort muß vertreten sein. Kolporture müssen ebenfalls teilnehmen.

Konferenz auch in Görlitz

Die Konferenz für den N. Görlitz findet am Sonntag, dem 10. Juli, vormittags 9 Uhr, in G. Br. Liß, Langenstraße, (Geschäftsstelle) statt. Jede Betriebszelle und Ortsgruppe muß auf dieser Konferenz vertreten sein.

Ein Naziarbeiter ermittelt

(Arbeitertorrespondenz)

Gottesberg. Der erwerblose Nationalsozialist Paul Müller, welcher Vater von 6 Kindern ist, konnte die Miete nicht mehr aufbringen. Die Stadt Gottesberg, als Hausbesitzer, setzte Müller auf die Straße. Die Möbel wurden auf den Speicher, in der katholischen Schule gebracht. Die Familie Müller muß nun teils bei Unverwandten ihr Leben fristen. Alle Bemühungen, Müller eine Wohnung zu beschaffen, waren bisher erfolglos. Die Frau Müller ist so übel beleumundet, das sie kein Hauswirt nimmt, selbst die zahlreichen Nazi-Hauswirte, lehnen ihren Parteigenossen entschieden ab. Hier zeigt sich so recht, wie ein Arbeiter bei den Nazis angesehen und behandelt wird. Flugblätter kann Müller für die Nazis vertreiben, aber eine Wohnung können sie ihm nicht beschaffen. Öffentlich zieht Müller aus dem Verhalten der Nazis keine Konsequenzen, und erkennt, das bei den Nazis die Arbeiter nur als Stafage benutzt werden. Das Naziblatt versucht, wie immer, die Angelegenheit trampfhaft zu verschleiern. Alles bei diesen Leuten ist Lug und Trug. Die Nazi-Profeten gehören in die rote Front!

Nach in Schönberg O. geht es vorwärts!

Am Freitag, dem 1. Juli, fand eine öffentliche Versammlung der SPD. statt, welche sehr gut besucht war. Genosse Baender, Görlitz, sprach über das Thema: „Papen, der Schrittmacher Silbers, unsere Antwort: Antifaschistische Aktion.“ Mit scharfen Worten geißelte er die neuen Vorverordnungen der Regierung Papen, welche weiter nichts bedeuten, als immer größere Ausbeutung der Arbeiterschaft. Ganz besonders beschäftigte er sich mit den neuen Unterstützungsätzen, welche bei den Unversicherten starke Empörung hervorriefen. Auf der anderen Seite hingegen werden den Nazi-Faschisten alle Freiheiten gewährt.

Genosse Kerner nahm dann Stellung zum Bau des 12. Familienhauses, welches zurzeit in unserem Ort eine heiß umstrittene Frage bildet. Er ging insbesondere auf die Bürgerversammlung vom vergangenen Montag ein, die nur dazu angehen war, um den von der Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschluß wieder umzuwerfen. Eine entsprechende Entscheidung, an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, welche fordert, das am Bau festgehalten wird, wurde einstimmig angenommen. In der freien Aussprache, welche sehr sachlich war, kam der Kampfswille gegen den Faschismus recht deutlich zum Ausdruck. Denn ohne Kampf kein Sieg! Genosse Baender erntete am Schlußwort abermals reichen Beifall. Vier neue Zeitungleser sind gewonnen worden. Mögen alle noch Fernstehenden erkennen, das nur die Kommunistische Partei die Führerin der Arbeiterklasse ist. Vorwärts für ein Sowjetdeutschland!

Am letzten Sonntag, welcher für die Partei ein Landsonntag war, wurde in dem, von Faschisten vertriebenen Dersdorf bei Görlitz, von Seidenberger und Schönberger Genossen eine Nazifaschne heruntergeholt, welche die Nazi auf einem Ziegenleischornstein ohne Willen des Besitzers aufgepflanzt hatten. SPD-Genossen war es Tage vorher mit Willen des Besitzers nicht gelungen, die Galenkreuzfaschne herunterzuholen. Aktiver Kämpfergeist und die braune Nazipest wird verschwinden! Vorwärts im Geiste Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. „Rot-Front!“

KAUFHAUS SCHOCKEN

WALDENBURG



Sportanzug

Hans, reine Wolle, flotte Mäuler, mit Knickkerbeker (lang und weit geschliffen) oder Umschlaghose, Sekko mit Kunstseide geflickter, Armelreiter, Zallin, braune Hängelohrscheinlage

19.50

Sportpullover ohne Armel, reine Wolle, mollig, verschleißt, Mustler, Gr. 42-46 1.95